

# Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linken gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterverrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der

IKP

Nr. 10 - Mitte Sept./Mitte Nov. 1980

Preis:  
50 Pfg.

## Streikbewegung in Polen

# Der Klassenkampf bahnt sich den Weg zurück ins Kerngebiet des Kapitalismus

Die breite Streikbewegung, die seit Juli über Polen hereingebrochen ist und die die Forderung nach Lohnerhöhungen und Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, nach Organisationsfreiheit und Sicherung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse aufstellt, ist der erste Gipfel einer Kette von Kämpfen, die Polen seit Beginn der 70er Jahre periodisch erschütterten: 1970 an der Ostseeküste, 1976 in Ursus und Radom. Diese Kämpfe unterscheiden sich deutlich von denen der 50er Jahre und von den 68er Unruhen, die noch von einem Volks- oder nationalen Charakter geprägt waren und in denen das proletarische Element noch nicht als eigenständiger Faktor auftrat. Was sie vor allem kennzeichnet, ist ihr Klassencharakter, die Anwendung klassischer Methoden der Arbeiterbewegung (unangekündigter und unbefristeter Streik!), die Herausbildung einer vom Staat und von den Staatsgewerkschaften unabhängigen Streikführung, die völlige Verachtung der Interessen der nationalen Wirtschaft. Die polnischen Arbeiter können bereits eine Kampferfahrung verwerten und sie lassen sich zunehmend weniger von der Regierungspolitik (dem klassischen bürgerlichen Manöver des Regierungswechsels!) beeinflussen - eine erste Kontinuität des proletarischen Kampfes zeichnet sich in Polen ab und sie hat eine Bedeutung, die weit über die Grenzen des Landes hinausgeht.

Die politische und wirtschaftliche Situation, die die Streikbewegung dieses Sommers auslöste, zeigt eine deutliche Parallellität zu derjenigen, die zu den Kämpfen 1970, 1974 und 1976 führte. Damals wie heute waren drastische Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel, vor allem des Fleisches, in Kombination mit der Erhöhung der Arbeitsnormen der Funke, der den latenten Unmut der Arbeiter zur Explosion brachte. Wir haben es hier mit einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu tun, die - in der BRD freilich auf noch schleichendem Wege - auch den Proletariern im Westen nur allzu bekannt sind, eben weil es sich um eine Offensive handelt, auf die das Kapital unter dem wachsenden Druck der internationalen Konkurrenz überall zurückgreifen muß.

Polen gibt hier ein besonders krasses Beispiel ab. Wirtschaftlich und politisch eingeklemmt zwischen Ost und West treten hier sämtliche Probleme und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in zugespitzter Form zutage. Im zweiten Weltkrieg verwüstet und daher für einen mächtigen Wiederaufbau, d.h. für eine re-

sante Kapitalakkumulation prädestiniert, konnte Polen zudem nach dem 2. Weltkrieg nicht nur trotz der erzwungenen Ausrichtung auf Moskau, sondern auch gerade durch sie alte nationale Ziele verwirklichen - es streifte den Charakter eines Vielvölkerstaates ab, verließ sich frühere deutsche Industriegebiete ein, zentralisierte das Kapital in den Händen des Staates zu einem polnischen Kapital (auch durch Vollendung der restlosen Ausschaltung des Judentums). Damit wurde der arrondierte, gefestigte und gut bestückte polnische Staat aber zum lebenden Widerspruch: Agent aller spontanen Tendenzen der Kapitalakkumulation aber zugleich Vasall Moskaus, und dies in einem noch wesentlich kleinbäuerlichen Agrarland. Die Landwirtschaft - und hier liegt ein typisches Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise - wurde im Grunde sich selbst, sprich dem Ruin zugunsten der Investitionen in der Industrie überlassen. Die spontane und mit der industriellen Entwicklung wachsende Tendenz, sich dem Westen anzunähern und mit ihm ökonomisch zu verflechten wurde durch die eiserne Klammer Moskaus einerseits zurückgehalten, andererseits verschärft. Wie auch andere Ostblockstaaten befand sich das Land Ende der 60er Jahre in einer tiefen Krise. Um eine soziale Katastrophe zu vermeiden, blieb dem russischen Imperialismus nichts anderes übrig, als die Öffnung gegenüber dem Westen - wohlgernekt unter seiner Kontrolle - zu gestatten, denn ohne die Spritze westlichen Kapitals würde Polen nicht weiter seine Zwangsverträge mit Rußland erfüllen können. Durch Verschuldung im Westen (inzwischen ca. 20 Mrd. Dollar!) ergriff das polnische Kapital die Flucht nach vorn und bereitete damit den Boden für einen erneuten Ausbruch der ökonomischen und sozialen Widersprüche auf erweiterter

Stufenleiter. Unter dem nach den Arbeiterunruhen frisch etablierten "Kumpel" Gierak wurde somit die Industrientalentwicklung weiter forciert, während man den Arbeitern in klassischer Manier eine neue Ära des "Wohlstands", des "Glücks" und des "sozialen Friedens" versprach. Bei rasanter Steigerung der Investitionen (jährliche Wachstumsrate 1971-1975 = 18,4 im Durchschnitt gegen 8,1% für das Jahrzehnt 1966-70), der Exporte und zunächst auch der Löhne rückte Polen an die zehnte Stelle der Industrienationen.

Der Versuch, mit Hilfe des Westens die Entwicklung des Landes zu stabilisieren und den Druck der russischen Forderungen teilweise zu mildern ist nicht nur gescheitert, sondern ins gerade Gegenteil umgeschlagen. Statt einem Teufel sitzen der polnischen Bourgeoisie jetzt zwei Teufel im Nacken. Auf den stürmischen

### In dieser Ausgabe

- Revolutionärer Kampf, Klassenpartei und kommunistische Militanz
- Die Stellung der Kommunisten zum Parlamentarismus
- Bolivien oder von der Notwendigkeit des Klassenkampfes bei uns
- Das Proletariat und der Siedlerstaat Israel

Vormarsch Anfang der 70er Jahre folgte in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts der jähe Rückgang: Die Kreditaufnahme aus dem Westen mußte vorläufig gestoppt werden, Im- und Exporte sanken, die Investitionen wurden eingefroren, 1979 ging die gesamtwirtschaftliche Produktion gar

Fortsetzung auf S. 2

## Montanmitbestimmung oder der Streit um die beste Kontrolle der Arbeiterklasse

Die alten Formen des sozialen Friedens werden heute in Frage gestellt: Die Kapitalisten wollen und können immer weniger soziale Stillhalteprämien an das Proletariat zahlen. Sie wollen es heute auf keinen Fall mehr nach dem Gießkannenprinzip, d.h. in Form von allgemeinen überbetrieblichen Vereinbarungen mit den bestehenden Gewerkschaften, welche ja die zuständigen Institutionen sind, um das Proletariat im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft zu disziplinieren. Wenn überhaupt, neigen die Kapitalisten zur innerbetrieblichen Mitbestimmung. Auch sie sind schließlich für den sozialen Frieden, dieser darf aber nicht - im wortwörtlichen Sinn - zu teuer erkauft sein. Die Gewerkschaften wiederum versuchen, an den alten Formen festzuhalten, die es ihnen so leicht gemacht haben, die Kontrolle über die Arbeiterklasse sicherzustellen. Gerade deshalb wollen sie vom bürgerlichen Staat eine politische Zusicherung erhalten, ein Gesetz, das die Kapitalisten zwingt, die Montanmitbestimmung beizubehalten und sogar auf andere Bereiche auszuweiten.

In diesem ganzen Streit kommt ein offenes Geheimnis zum Ausdruck: Die vor sich gehende Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche erschwert zusehends die Arbeit der sozialen Feuerwehr. Und drohend versucht sie, dies den Kapitalisten klarzumachen: Wer "die Montanmitbestimmung mit Tricks aushebeln will, entläßt die Arbeitnehmer aus der Mitverantwortung in den Klassenkampf" (so der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann im "Handelsblatt" vom 25./26.7.80). In ihrer Bedrängnis scheuen die Bonzen vor folgendem, ihre Rolle bloßstellenden Kommentar nicht zurück: "Den Vorwurf, sie seien rationalisierungsfeindlich, wiesen die Betriebsräte zurück. Beispielsweise (!) sei bei der Mannesmann AG" - um die es bei dem laufenden Streit ja geht - "seit 1970 die Belegschaft mit ihrer Zustimmung (!) um ein Drittel vermindert worden" (Erklärung der IGM im "Handelsblatt" vom 23. 7.80).

Fortsetzung auf S. 3

## Bundestagswahlen: Erpressungsmanöver, um den Klassenfrieden zu sichern Für den Bruch mit der parlamentarischen Demokratie!

Dem aufmerksamen Beobachter des diesjährigen Wahlrummels wird ein scheinbares Paradoxon nicht entgangen sein. Es gab wohl in der Geschichte der Bundesrepublik kaum einen Zeitpunkt, an dem die vielbeschworenen "sachlichen" Gegensätze zwischen den beiden großen bürgerlich-imperialistischen Parteien so wenig ausgeprägt waren wie heute. In keiner grossen Frage, sei es in der Außenpolitik des bundesdeutschen Imperialismus, sei es in dessen Innenpolitik, sei es in der Wirtschafts- oder in der Sozialpolitik gibt es heute de facto (wir sprechen hier nicht von den zu Wahlkampfzwecken aufgetauschten Differenzen) tiefgreifende Unterschiede zwischen der bürgerlichen Regierung von SPD/FDP und der bürgerlichen Ersatzregierung von CDU/CSU. Und trotzdem wird von allen Seiten und - man muß dies besonders hervorheben - vor allem vonseiten der kleinbürgerlichen "Linken" der parlamentarische Zirkus 1980 zu einer wahrhaft historischen Entscheidungsschlacht emporstilisiert.

Die Lösung des Rätsels ist jedoch recht einfach. Wenn Zeiten gesellschaftlicher Unzufriedenheit sich anbahnen, Symptome

sozialer Unrast auftreten, proletarischer Zorn im Untergrund der bürgerlichen Gesellschaft zu grollen droht, wenn mit anderen Worten die wirtschaftliche Krise erste Anzeichen einer sozialen Krise gebiert, dann setzen sich auch jene politischen Mechanismen in Gang, die die Bourgeoisie in einer langen geschichtlichen Erfahrung erwarb, um den sozialen Unmut zum Ersticken zu bringen. Die Wechselfälle bürgerlicher Politik, das Hin und Her von "konservativen" und weniger "konservativen" Regierungen, hierzulande die Ablösung von Sozialdemokratie und Christdemokratie, werden zu schicksalhaften Wendungen, für die sich das Proletariat zu interessieren, zu begeistern, zu mobilisieren habe.

Traditionell ist es die Sozialdemokratie oder besser der sozialdemokratische Reformismus, was heute nicht unbedingt dasselbe ist, der durch das Vorkaukeln einer besseren, auf dem Boden des Kapitalismus und der bürgerlichen Macht besseren Regierungspolitik, sich als das berüchtigte "kleinere Übel" profiliert. Wohlgernekt, es ist nicht immer die ganze, sich sozialdemokratisch nennende Partei, die den klassischen

Sozialdemokratismus, das Versprechen von Sozialreform und politischem Demokratismus, repräsentiert. Es kann - und so ist es heute - durchaus nur ein Teil, ein Flügel dieser Partei sein. Und neben diesem Sozialdemokratismus von oben gibt es in unruhiger werdenden Zeiten, auch den Sozialdemokratismus von unten. Letzterer widerspiegelt nicht so sehr das politische Kalkül einer Regierungs- oder regierungsfähigen Partei, die den sozialen Zündstoff durch parlamentarische Manöver zu entschärfen sucht, er widerspiegelt vielmehr die Begrenztheit, Enge, Inkonsistenz, m.a.W. die Unreife des - Überdies noch enorm schwachen, durch den erdrückenden Ballast einer jahrzehntelangen Apathie gebremsten - untergrundartigen proletarischen Zorns. Dieser vorerst noch eher atmosphärische, allerdings sich in den siebziger Jahren sukzessive verstärkende Unmut im Proletariat bleibt noch behaftet mit den Muttermalen der kleinbürgerlichen Vergangenheit, der Zeit also, als die Mehrheit der proletarischen Klasse sich den Verheißungen des kapitalistischen "Wohlstandes" ergab.

LEST! ABONNIERT!  
\*  
Kommunistisches Programm  
programme  
communiste  
Le Prolétaire  
Communist program  
el proletario \* el comunista  
il programma comunista  
el -oumami  
Kommunistikò Prògramma

# Streikbewegung in Polen

um 2% zurück, 1977/78 betrug die (offizielle!) Inflationsrate 13%. Die Industrialisierung auf Pump, die sich durch Exporte selbst finanzieren sollte, setzte die polnische Wirtschaft dem wachsenden Konkurrenzdruck des Weltmarktes und dessen Krisenentwicklung aus. Die Disproportion zwischen Landwirtschaft - die sich zu 75% in Privatbesitz befindet und einzelbewirtschaftet wird - und Industrie äußerte sich nicht allein in der wesentlich geringeren Produktionssteigerung des Agrarsektors (nur 30% im letzten Jahrzehnt), sondern - auch aufgrund des Exportzwangs zur Devisenbeschaffung - im Notstand in der Lebensmittelversorgung und in einer zunehmenden Belastung (zuletzt 8 Mrd. Dollar!) der polnischen Zahlungsbilanz. Die frenetische Profitgier bedingte eine Vernachlässigung des Ausbaus der Infrastruktur und Disproportionen, die oft paradox erscheinen: Selbst Kohle wird im zweitgrößten Kohleexportland rationiert! Und mit dem Jahr 1980 sollte Polen auf die größte Krise der Nachkriegszeit zu steuern.

Im April dieses Jahres sah sich die neue Regierungsmannschaft gezwungen, ein Sparprogramm zu verkünden, in dessen Mittelpunkt die Tilgung der Verschuldung durch die Senkung der Produktionskosten, die Senkung der Löhne, die Bekämpfung des Krankfeierns und der Abbau der Subventionslast standen (40% des Staatsbudgets wurden für Preissubventionen für Lebensmittel, Wohnungen, Heizmaterial und Energie ausgegeben). Am 1. Juli dann erfolgte die im Sparprogramm geplante Streichung der Subventionen für die Fleischpreise, womit der staatliche Handel zusammenbrach. Die Preiserhöhung ging bis zu 60%. Gleichzeitig verkündete die Regierung die Durchsetzung neuer Arbeitsnormen in der Metallindustrie, die einem Lohnverlust von 10 bis 40% gleichkommen sollten. Dies war der Auslöser für die Explosion der schon seit langem tickenden sozialen Bombe.

**DENN DAS KAPITAL PRODUZIERT AUCH IN POLEN VOR ALLEM SEINE EIGENEN TOTENGRÄBER UND DEN WACHSENDEN WIDERSPRUCH ZWISCHEN SICH UND DER LOHNARBEIT.** Dem mächtig angeschwollenen Proletariat hatte man das Blaue vom Himmel versprochen. Doch die Krise wurde von einem massiven Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen begleitet, wogegen die Arbeiter bereits seit Jahren ihren entschiedenen Widerstand äußerten. So kam es nicht nur 1976 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und der Miliz in Ursus und Radom, sondern auch zu einzelnen, örtlich begrenzten aber regelmäßigen Auseinandersetzungen zwischen Betriebsleitern und Belegschaften, in Form von kleinen Streiks oder der Ablehnung von Normerhöhungen.

Und jetzt, gleich am 2. Juli 1980, kam es zu Arbeitsniederlegungen in der Region von Lublin: 100.000 Arbeiter standen in Auseinandersetzungen mit ihren Betriebsleitungen. Die Streiks pflanzten sich weiter von Betrieb zu Betrieb fort und nahmen schnell ein landesweites Ausmaß an, bis sie Mitte August die Werften von Danzig und Stettin erreichten, eine der Hauptadern der polnischen Wirtschaft und vor allem das Zentrum der bisherigen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Regierung (nicht zuletzt hier hat also das kapitalistische Polen, das 4. Schiffbauland der Welt, seine eigenen Totengräber produziert und zusammengefaßt). Schließlich sollten die Streiks auch auf die schlesischen Bergbaugebiete übergreifen, was von einem Dissidenten mit Schrecken so kommentiert wurde: "Erst die Lunge, dann das Herz!"

Es war aber nicht allein das riesige Ausmaß der polnischen Streiks, welches eine sofortige und mannigfaltige Mobilisierung nicht nur der polnischen sondern der Weltbourgeoisie gegen die Bewegung ins Leben rief. Es war die Tatsache, daß das Gespenst des Klassenkrieges, das bislang vor allem am Rande der großen kapitalistischen Industriezentren in Erscheinung trat, mit einem Sprung die Grenzen überschritten hat, innerhalb derer man es scheinbar relativ leicht beschwören konnte, um nunmehr im Zentrum Europas selbst aufzutreten, ja in einem Land aufzutreten, welches sich an der Nahtstelle zwischen Ostblock und Westen befindet und dessen Stabilität für das internationale Gleichgewicht wesentlich ist. Dieses ökonomische und politische Gleichgewicht, in den vergangenen Jahrzehnten mühselig aufgebaut, ermöglichte es, die in den alten imperialistischen Metropolen im Überfluß vorhandenen Waren und Kapitalien in den Osten zu exportieren und somit die Absatzkrise hinauszuzögern. Und vor allem könnte das Beispiel der polnischen Arbeiter auf die riesigen proletarischen Massen Ost- und Westeuropas ansteckend wirken.

Darüberhinaus waren es gerade auch die

Form, die diese Streiks annahmen, sowie die Forderungen und Methoden der Streikenden, welche die Weltbourgeoisie in Unruhe versetzt haben. So sah sich ein Sprachrohr der deutschen Bourgeoisie genötigt, mit süß-saurer Miene zu konstatieren, daß die polnischen Arbeiter "nicht, wie in früheren Jahren, nur mit dem Elan der Empörten zu Werke gegangen (sind), sondern (...) sich bewährter Streikmethoden besonnen (haben)" (SZ, 1.9.80). Die Arbeiter griffen zu Maßnahmen wie der systematischen Organisation von Streikposten, Betriebsbesetzungen, Ausschaltung des Alkoholkonsums. Sie faßten die Streiks immer mehr zusammen, sie erzwangen zentrale Verhandlungen, zu denen sie zunächst - d.h. bis sie sich ihrer kompakten Front sicher waren - nach einem Rotationsprinzip ihre Delegationen schickten, um der Ausmachung und Repression von "Rädelsführern" zu entgehen. Nicht zuletzt ist es den polnischen Arbeitern gelungen, sich eine *organisatorische Struktur* zu geben, ein überbetriebliches und überstädtisches Verbindungsnetz zu knüpfen, welches sich aus dem Kampf und also unabhängig und außerhalb der Staatsgewerkschaften entwickelte.

Die Notwendigkeit einer *klassenmäßigen* Organisation, einer Organisation ausschließlich zur Verteidigung der Interessen der proletarischen Klasse, hatte sich bereits in den vergangenen Streikbewegungen gezeigt und fand jetzt in der zentralen Forderung nach *unabhängigen Klassen-gewerkschaften* ihren Ausdruck. Gewappnet durch ihre langen Erfahrungen haben die polnischen Arbeiter dem bürgerlichen Märchen keinen Glauben geschenkt, demzufolge die chronische Misere der Wirtschaft und der heutigen Gesellschaft auf das Konto von Gomulka, Gierek, Babuch usw. ginge und es also genügen würde, die Figuren auszuwechseln, um dem Elend beizukommen. Mit Gleichgültigkeit haben sie das mea culpa der Parteiführung und der Regierung und deren Versprechen einer Korrektur der "Fehler" hingenommen. Der Köder, den die Regierung auslegte, indem sie den Arbeitern eine neue Politik unter Berücksichtigung ihrer Forderungen versprach, selbst der ganz den Bestrebungen westlicher Gewerkschaften abguckte Köder einer "Demokratisierung" der Gewerkschaften hat bei den Arbeitern nicht gewirkt. Sie haben sich geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ihre Forderungen erfüllt waren. Vonseiten der Vertreter der Demokratie werden die erzielten Streikergebnisse, die "friedliche Lösung", natürlich dem "Dialog", dem "Versöhnungsgeist" und dem "Sinn für Verantwortung", den die Partei und die Arbeiter gezeigt hätten, zugeschrieben. Die Lehre aber, die die polnischen Arbeiter ihren Klassenbrüdern jenseits aller nationalen Grenzen gegeben haben, besteht gerade im Gegenteil: Wollen die Arbeiter ihre Interessen wirksam verteidigen, so dürfen sie eben keinen "Sinn für Verantwortung" gegenüber den nationalen Interessen zeigen, dürfen sie nicht auf den "Dialog" mit ihren Ausbeutern setzen. Der Klassenkampf schließt die Verhandlungen mit dem Gegner nicht prinzipiell aus. Was aber die polnischen Arbeiter unmißverständlich gezeigt haben, ist, daß die Verhandlungen nur dann zum Erfolg führen, wenn das Proletariat die Bourgeoisie unter Druck setzt, wenn es seine Klassengewalt ohne vorgegebene Befristung und örtliche Begrenzung ausübt und die Vertreter des Kapitals mit dem Stiefel an die Wand drückt. Es waren nicht etwa "tarifpartnerschaftliche Verhandlungen", sondern Verhandlungen unter dem Druck der *organisierten Kraft* der Arbeiter, welche die polnische Bourgeoisie in die Knie und zu einer Reihe von beschämenden Zugeständnissen gezwungen haben.

In der Tat ist die polnische Führung bei den jüngsten Streiks in eine bislang nicht gekannte Klemme geraten. Ganz offensichtlich war sie diesmal für die Beilegung der Streiks abhängiger denn je von der Unterstützung der Weltbourgeoisie. Sie konnte nicht wie 1970 und 1976 militärisch gegen die Streikenden vorgehen, da dies aufgrund der Breite der Bewegung und der guten Organisation der Streikenden zum Widerstand und zum Generalstreik hätte führen können. Sollte das polnische Militär unter solchen Bedingungen die Lage nicht sofort in den Griff bekommen, so würde allein der Eingriff des russischen Militärs übrigbleiben. In einer Welt, in der sich immer mehr Krisenzonen auftun und das internationale Gleichgewicht bedroht ist, würde der russische Einmarsch in Polen den restlosen Zusammenbruch der europäischen Entspannung bedeuten und die Entwicklung in Richtung auf den Weltkrieg, auf den weder der Westen noch der Osten ausreichend vorbereitet sind, gefährlich zuspitzen. Die internationale Lage ließ also einen militärischen Eingriff nicht zu. Die von Gierek anfänglich gegen die Arbeiter ausgesprochene Drohung

mit einer russischen Intervention war daher eher ein Erpressungsversuch, denn eine reale Gefahr.

Es blieb also nur der Weg einer "friedlichen" Lösung, zu dem die USA und das gesamte Westeuropa durch ihre "wohlwollende Zurückhaltung" ermuntert haben. Diesen Weg konnte die polnische Bourgeoisie jedoch infolge der ökonomischen Lage nicht alleine beschreiten. Nur mithilfe der massiven Kreditspritzen sowohl aus dem Westen (man denke an den 1,2 Mrd. Kredit aus der BRD, sowie den 675 Mrd. Dollar Kredit aus den USA, wobei weitere, international konzentrierte Finanzaktionen laufen) als auch aus dem Osten (Rußland hat einen Kredit in harten Devisen zugesagt, womit es auch ein Gegengewicht zu der wachsenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens vom Westen stellen will) kann die polnische Regierung die materiellen Zugeständnisse an die Arbeiter zumindest vorübergehend machen. Hieran wird einmal mehr deutlich, wie die Bourgeoisie sofort international zur Stelle ist, um gemeinsam und "über die Grenzen der Systeme hinweg" den sozialen Brand zu löschen.

Aber nicht nur mithilfe der materiellen Unterstützung Polens versuchte man, das Feuer zu ersticken. Es wurde auch massives ideologisches Geschütz gegen die streikenden Arbeiter aufgeföhren. Von absolut allen Seiten (der amerikanischen bis zur deutschen und selbst der polnischen Regierung, den Eurokommunisten, der katholischen Kirche und den Dissidenten) versuchte man den polnischen Arbeitern Honig in den Bart zu schmieren, indem man ihre Forderungen als "gerechtfertigt" bezeichnete, um sie in Richtung auf eine soziale Stabilisierung durch die Schaffung von demokratischen Stoßdämpfern zu lenken und aufzufangen. Dabei ließ es sich der Westen, der im Fehlen dieser Stoßdämpfer den "Kommunismus" erkennen will, natürlich nicht entgehen, den Bankrott des "Kommunismus" - für dessen Rettung er Milliarden bereitstellt - zu erklären. Gleichzeitig versäumte man es nicht, den Arbeitern ins Gehirn zu trommeln, sie müßten ihre Belange den nationalen Belangen unterordnen.

Eskortiert und unterstützt von den rechten und linken Demokraten des Westens übernahmen in Polen, als die Arbeiter den Aufrufen der Regierung kein Gehör mehr schenken, vor allem die katholische Kirche und die Dissidenten die Aufgabe, in geradezu staatsmännischer Weise mässigend auf die Arbeiter einzuwirken. So erklärte der Kardinal Wyszyński in seiner Rede, die die polnische Regierung dankbar über den Rundfunk ausstrahlte, daß es "ohne Arbeit keinen Wohlstand" gäbe und daß das Argument des Streiks "die ganze Volkswirtschaft (belaste) und dem Leben der Nation (schade)". Viel gefährlicher aber als die katholische Kirche, diese Säule des polnischen Nationalismus und des polnischen Staates, die ebenfalls bei den Arbeitern schon beginnt, auf "Mißtrauen und Widerstand" zu stoßen, wie die "Süddeutsche Zeitung" vom 30.11.80 beunruhigt feststellte, ist - perspektivisch gesehen - die Rolle der "demokratischen Opposition" der Dissidentenbewegung.

Ihr ist es in der Tat teilweise gelungen, in der Streikbewegung Fuß zu fassen und auf das Streikkomitee und die Bewegung politischen Einfluß zu nehmen. Der bürgerlichen Ideologie der "Menschenrechte" und der "universellen Demokratie" verpflichtet, bemühen sich die Dissidenten, die Arbeiterbewegung, die in ihrem ökonomischen Verteidigungskampf mit dem bürgerlichen Staat gebrochen hat, in dem Sumpf demokratischer Spielregeln und reformistischer Forderungen gegenüber dem Staat versanden zu lassen. In der Einengung des ökonomischen und politischen Spielraums des polnischen Staates durch den russischen Imperialismus und nicht in der kapitalistischen Produktionsweise erblickt die Dissidentenbewegung die Ursache für die allgemeine Misere des Landes. Ihr Programm unterscheidet sich von dem der Regierungspartei, zu der sich die Dissidenten in loyaler Opposition befinden (und deren schlechtes Gewissen sie bilden), dadurch, daß es als "parlamentarisches Oppositionsprogramm" stärker die Tatsache betont kann und muß, daß die Interessen des nationalen Kapitals zu denen Rußlands in Widerspruch stehen. Dabei stellen sie als nationale und staatstragende Kraft das Bündnis mit Rußland natürlich nicht grundsätzlich in Frage, bildet ja dieses Bündnis, bzw. die Sicherung des mitteleuropäischen Status quo eine Existenzgrundlage des polnischen Staates. Was die Dissidenten vor allem anstreben, ist, daß Polen durch einen größeren Spielraum gegenüber Rußland und durch ökonomische und innenpolitische Reformen eine Krise überwindet, die den Bruch dieses Status quo zur Folge haben könnte. In diesem Rahmen schwebt ihnen auf sozialer Ebene die Einführung von Reformen vor, die dazu dienen sollen, die Arbeiter an den Wirtschaftsentscheidungen zu beteiligen, sprich ihre Ausbeutung mitbestimmen zu lassen. "Man kann nicht einerseits von der Bevölkerung Opfer fordern

und sie andererseits wie Unmündige behandeln" - so ließ Jacek Kuron, Leiter des KOR (Komitee für Gesellschaftliche Selbstverteidigung) verlauten, womit der Segen der Demokratie gepriesen wurde. Oder noch klarer: "Wenn die Arbeiter es selbst beschließen, dann wäre die Bevölkerung auch bereit, die notwendigen Opfer und Einschränkungen auf sich zu nehmen" (SZ, 5.8.80). Ebenso wie die Regierung erkennen die Dissidenten die "wachsende Gefahr von spontanen gesellschaftlichen Revolten, die das Land in den Zustand einer nationalen Katastrophe bringen könnten" (KOR, "Appell an die Gesellschaft", Warschau, 10. Oktober 1978). Und so haben sie während der Streiks ständig den Staat und die Streikenden zu einem Kompromiß aufgefordert, um das Staatsschiff ohne größere Schäden aus dem Sturm herauszusteuern. Nachdem sie früher versucht hatten, die Staatsgewerkschaften zu entstauben, machten sie sich im jetzigen Streik die Forderung der Streikenden nach freien und vom Staat unabhängigen Gewerkschaften sofort zu eigen, um sie als Forderung nach Gewerkschaften des westlichen Musters, deren oberstes Prinzip die Klassenzusammenarbeit ist, zu interpretieren. Darin trafen sie sich im übrigen voll und ganz mit diesen westlichen Bonzencliquen selbst, die heute wie der DGB sofort zur Stelle sind, um den Keimen dieser neuen Gewerkschaften, die aus den Streikkomitees hervorgehen sollen, ihre "uneigennützig" Hilfe anzubieten. Dabei lasten Jahrzehnte der Konterrevolution auf dem Proletariat: Vor allem in Ländern wie Polen, in denen kapitalistische und imperialistische Unterdrückung für "sozialistisch" und "kommunistisch" ausgegeben werden, ist es unvermeidlich, daß die Arbeiterklasse bei der Wiederaufnahme ihres Kampfes solche Verunreinigungen und Fremdkörper wie den Hunger nach Demokratie, nach nationalen und lokalen Autonomien oder religiöse Fluchtbestrebungen mit sich schleppt. Es ist daher verständlich, daß die Kämpfe in Polen, deren Ursprung, soziales Gesicht und Kampfmethoden einen so *exemplarisch proletarischen Charakter* haben, dennoch Klassenforderungen der Proletarier aller Länder mit parlamentarisch-demokratischen und sogar religiösen Forderungen vermischen. Hier liegt ein Ballast, den sich die Bourgeoisie zunutze macht.

Hinzu kommen die natürlichen Grenzen des Lohnkampfes und der spontanen Bewegung überhaupt. Diese kann, wenn sie wie in Polen ihre Kraft in die Waagschale wirft, materielle Zugeständnisse erringen, die das Kapital aber bei nächster Gelegenheit wieder rückgängig machen wird; sie kann ökonomische Klassenorganisationen ins Leben rufen, à la longue kann sie aber alleine nicht verhindern, daß diese unter dem Druck des Kapitals vom sozialpartnerschaftlichen Opportunismus vereinnahmt werden. Schließlich, um den Kampf gegen die Lohnarbeit überhaupt zu führen und dem unausbleiblichen gewaltsamen Zusammenstoß mit dem Staat gewachsen zu sein, ist ein *qualitativer Sprung* auf die Ebene des revolutionären politischen Kampfes notwendig.

Die polnischen Arbeiter, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, kämpfen in diesen Monaten, um die *objektiven Voraussetzungen für diesen Sprung zu schaffen*.

All dies führt hin zur Notwendigkeit der *subjektiven Voraussetzung, der revolutionären Partei*.

Die Proletarier der anderen Länder können auf eine einzige Weise ihre Solidarität mit den polnischen Klassenbrüdern - die sich einer ökonomischen, politischen und ideologischen Einheitsfront der internationalen Bourgeoisie gegenübersehen - bekunden: Sie müssen ihrem Beispiel folgen und die Lehren ihres Kampfes nach Möglichkeit noch stringenter anwenden. Und als revolutionäre Proletarier wird ihre Solidarität darüberhinaus darin bestehen, daß sie den Weg zur internationalen Parteiorganisation beschreiten.

## ERRATA

Im Artikel "Über die Partei der Arbeit Albanien: Kleinstaatlicher Nationalismus getarnt als Antirevisionismus" in "Proletarier" Nr. 9 soll es auf Seite 3, wo vom Streit um Mazedonien die Rede ist, heißen: "zwischen Jugoslawien und Bulgarien".

Presserechtlich verantwortlich und

Kontaktadresse:

Gert Eichhorn

Obentrautstr. 32

D-1000 Berlin 61

Druck:

Movimento Druck

Berlin 61

# Revolutionärer Kampf, Klassenpartei und kommunistische Militanz

Wir haben in der letzten Ausgabe - im Artikel über "DIE UNABDINGBARE NOTWENDIGKEIT DER PARTEI" - gezeigt, daß die Partei eine zentralisierte und disziplinierte Kampforganisation ist. Weder ist sie ein Zirkel von Gelehrten oder Auserwählten, ein Haufen von blinden Aktivisten, ein Diskutierklub, eine unverbindliche Vereinigung von Gleichgesinnten, noch frönt sie einem Organisations- und Disziplinfetischismus. Was sie kennzeichnet, ist die Festigkeit ihrer Prinzipien und ihres Programms und auf dieser Grundlage die Festigkeit der Organisation und der Disziplin, zwei Aspekte, die eine untrennbare Einheit bilden. Wenn die Organisation und Disziplin nicht im Dienste der Prinzipien und des Programms des Kommunismus stehen, dann geraten sie in den Dienst des Feindes. Aber Programm und Prinzipien würden zur reinen Demagogie verkümmern, wenn sie sich nicht in einer einheitlichen und militanten Organisation, also in einem straffen Zentralismus und einer eisernen Disziplin des Denkens und Handelns verkörpern. In beiden Fällen würde die Partei keine Schule der revolutionären Militanz sein und ihre Entwicklung würde nicht den Selektionsprozeß des Generalstabes der Revolution darstellen. Ihre marxistische Theorie wäre nicht mehr eine verbindliche Anleitung

zum Handeln, und anstelle eines Selektionsprozesses hätte man einen Verheißungsprozeß der revolutionären Energien.

Wie das dann in der Praxis aussieht, kann man anhand der Geschichte der opportunistischen Entartungen der proletarischen Parteiorganisationen sehen. Ein jüngstes Beispiel für die Verheißung von Kräften auf der Grundlage jener formalen Disziplin, die immer von einem Organisationsterror begleitet wird, liefert uns von A bis Z die Geschichte der Pseudoparteien und "Aufbauorganisationen", die im Fahrwasser der Studentenbewegung entstanden und sich im Übrigen nie auf dem Boden der marxistischen Theorie bewegt haben.

Wir führen heute den Artikel der letzten Ausgabe mit einer Reihe von Auszügen aus Schriften des Marxismus fort - von 1847 bis hin zu den 60er Jahren dieses Jahrhunderts. Wir wollen damit nicht allein die Kontinuität eines Parteikampfes im Vorsturm und in der Niederlage dokumentieren. Wir verstehen diese Schriften und die ihnen entsprechenden Handlungen als eine bewußte Äußerung des materiell determinierten geschichtlichen Prozesses der Bildung des Proletariats zur Klasse und damit zur Partei, als Kampfaffen also.

keit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu betätigen."

===== Aus: Lenin, "BRIEF AN EINEN GENOSSEN ÜBER UNSERE ORGANISATORISCHEN AUFGABEN" (1902) =====

"Wir sind jetzt zu einem sehr wichtigen Grundsatz der gesamten Parteiorganisation und Parteitätigkeit gekommen: Wenn hinsichtlich der ideologischen und der praktischen Leitung der Bewegung und des revolutionären Kampfes des Proletariats eine möglichst große Zentralisation erforderlich ist, so ist hinsichtlich der Information der zentralen Parteistelle (und folglich auch der Gesamtpartei überhaupt) über die Bewegung hinsichtlich der Verantwortlichkeit vor der Partei eine möglichst große Dezentralisation erforderlich. Die Bewegung leiten muß eine möglichst kleine Anzahl möglichst gleichartiger Gruppen erfahrener und erprobter Berufsrevolutionäre. An der Bewegung teilnehmen muß eine möglichst große Anzahl möglichst verschiedenartiger und mannigfaltiger Gruppen aus den verschiedensten Schichten des Proletariats (und anderer Volksklassen). Die zentrale Parteistelle muß von jeder einzelnen dieser Gruppen stets nicht nur genaue Angaben über ihre Tätigkeit, sondern auch möglichst vollständige Angaben über ihre Zusammensetzung in Händen haben. Wir müssen die Leitung der Bewegung zentralisieren. Wir müssen auch (und gerade zu diesem Zweck, denn ohne Information ist eine Zentralisation unmöglich) die Verantwortlichkeit jedes einzelnen Parteimitglieds, jedes Mitarbeiters, jedes der Partei angehörenden oder sich an sie anlehnenden Zirkels der Partei gegenüber möglichst stark dezentralisieren. Diese Dezentralisation ist die notwendige Voraussetzung der revolutionären Zentralisation und deren unerläßliches Korrektiv. Erst wenn die Zentralisation bis zu Ende durchgeführt ist und wir ein ZO und ein ZK (d.h. eine Parteizentrale, IKP) haben, wird die Möglichkeit des Verkehrs jeder kleinsten Gruppe mit ihnen - und nicht nur die Möglichkeit des Verkehrs, sondern auch die durch langjährige Praxis erarbeitete Regelmäßigkeit des Verkehrs mit dem ZO und dem ZK - die Möglichkeit trauriger Folgen einer zufällig mißglückten Zusammensetzung des einen oder anderen örtlichen Komitees ausschalten. (...) Wir müssen uns besonders fest einprägen, daß diese Leitung machtlos sein wird, wenn wir nicht gleichzeitig eine maximale Dezentralisation durchführen, sowohl hinsichtlich der Verantwortung ihr gegenüber als auch hinsichtlich ihrer Unterrichtung über alle Räder und Rädchen der Parteimaschine. Eine solche Dezentralisation ist nichts anderes als die Kehrseite jener Arbeitsteilung, die, wie allgemein anerkannt, eines der lebenswichtigsten praktischen Erfordernisse unserer Bewegung ist. Die offizielle Anerkennung einer bestimmten Organisation als der führenden, die Gründung formaler ZKs wer-

den unsere Bewegung noch lange nicht wirklich einheitlich machen, werden noch keine festgefügte Kampfpartei schaffen, wenn die zentrale Parteistelle nach wie vor von der unmittelbaren praktischen Arbeit verdrängt sein wird durch örtliche Komitees vom alten Schlag, d.h. durch Komitees, denen einerseits ein ganzer Haufen von Leuten angehört, die sich mit allen möglichen Angelegenheiten befassen, ohne sich einzelnen Funktionen der revolutionären Arbeit zu widmen, ohne für besondere Aktionen verantwortlich zu sein und ohne die einmal begonnene, gut durchdachte und gut vorbereitete Sache zu Ende zu führen, die eine Unmenge von Zeit und Kraft in scheinradikaler Geschäftigkeit vergeuden, während es andererseits eine ganze Menge Studenten- und Arbeiterzirkel gibt, von denen die eine Hälfte dem Komitee überhaupt nicht bekannt ist und die andere Hälfte ebenso schwerfällig ist wie das Komitee, ebensowenig spezialisiert ist, keine berufliche Erfahrung erarbeitet, die Erfahrung der anderen Gruppen nicht ausnutzt und genauso wie das Komitee mit endlosen Beratungen "über alles" (...) beschäftigt ist. (...) Damit die Zentralstelle nicht nur (wie es bisher der Fall war) beraten, überreden, diskutieren, sondern das Orchester wirklich dirigieren kann, ist es erforderlich, daß man genau weiß, wer wo welche Geige spielt, wo und wie er welches Instrument spielen gelernt hat oder lernt, wer wo und warum falsch spielt (wenn die Musik in den Ohren kratzt) und wen man, wie und wohin, zur Beseitigung des Mißklangs versetzen muß usw. Heute - das muß offen gesagt werden - wissen wir entweder gar nichts über die wirkliche innere Arbeit eines Komitees, abgesehen von seinen Flugblättern und allgemein gehaltenen Briefen, oder wir wissen es von Freunden und guten Bekannten. Es wäre aber doch lächerlich zu glauben, daß sich eine große Partei, die fähig ist, die russische Arbeiterbewegung zu führen, und die den allgemeinen Ansturm auf die Selbstherrschaft vorbereitet, hierauf beschränken könnte. Die Verringerung der Zahl der Komiteemitglieder, die Betrauung möglichst eines jeden von ihnen mit einer bestimmten besonderen Funktion, für die er verantwortlich ist und Rechenschaft ablegen muß, die Gründung einer besonderen, zahlenmäßig sehr kleinen leitenden Zentralstelle, die Schaffung eines Netzes ausführender Agenten, die das Komitee mit jedem Großbetrieb, jeder Fabrik verbinden, für die regelmäßige Verbreitung der Literatur sorgen und der Zentralstelle ein genaues Bild dieser Verbreitung und aller Zusammenhänge der Arbeit geben, schließlich die Gründung zahlreicher Gruppen und Zirkel, die verschiedene Funktionen übernehmen oder Leute zusammenfassen, die der Sozialdemokratie nahestehen, ihr helfen und sich zu Sozialdemokraten entwickeln, wobei die Tätigkeit (und Zusammensetzung) dieser Zirkel dem Komitee und der Zentralstelle stets bekannt sein muß - darin hat die Umgestaltung des St.-Petersburger und aller übrigen Parteikomitees zu bestehen (...)."

## I. Der Bund der Kommunisten (1847)

Die zwei nachstehend wiedergegebenen Zitate zeigen sehr deutlich - damals im Kampf vor allem gegen den utopischen Sozialismus - daß die kommunistische Bewegung seit ihrer Entstehung das organische Verhältnis zwischen proletarischem Klassenkampf, revolutionärer Militanz und politischer Klassenpartei gekennzeichnet hat. Sie legte ebenso die Prinzipien fest, welche die Partei leiten müssen und für alle Parteimitglieder bindend sind. Die kommunistische Partei verfolgt das Ziel der Bildung des Proletariats zur Klasse und - durch die Eroberung der politischen Macht - zur herrschenden Klasse als unerläßliche Voraussetzung für die soziale Umgestaltung, die zur klassenlosen Gesellschaft führen wird. Sie nimmt diejenigen in ihre zentralisierten Reihen auf, die sich ihrem Programm verpflichten und eine durch dieses Programm diktierte energische Aktion entfalten, d.h. die unter einer kollektiven Disziplin sich am proletarischen Kampf beteiligen, um diesen Kampf auf den Weg der Revolution zu leiten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil (...); sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

Der nächste Zweck der Kommunisten ist (...): Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Erroberung der politischen Macht durch das Proletariat."

===== Aus: "STATUTEN DES BUNDES DER KOMMUNISTEN" (1847) =====

"PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! Art.1. Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum.

Art.2. Die Bedingungen der Mitgliedschaft sind: A) diesem Zweck entsprechende Lebensweise und Wirksamkeit; B) revolutionäre Energie und Eifer der Propaganda; C) Bekennung des Kommunismus; D) Enthaltung der Teilnahme an jeder antikommunistischen politischen oder nationalen Gesellschaft und Anzeige der Teilnahme an irgendwelcher Gesellschaft bei der vorgesetzten Behörde; E) Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes; F) Verschwiegenheit über das Bestehen aller Angelegenheiten des Bundes; G) einstimmige Aufnahme in eine Gemeinde. Wer diesen Bedingungen nicht mehr entspricht, wird ausgeschlossen."

===== Aus: "MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI" (1847) =====

"Die Kommunisten unterscheiden sich (...) dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

## II. Die bolschewistische Partei (1902-1903)

In unserem Artikel über "DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN ZEITUNG" (Proletarier Nr.6) haben wir anhand von ausführlichen Zitaten von Lenin den dialektischen Prozeß der Bildung der Partei um die Achse ihres politischen Organs gezeigt, eines Organs, das die voneinander untrennbaren Aufgaben der Verteidigung der Theorie, der Propaganda, der Agitation und des kollektiven Organisations zu erfüllen hat. Wir verweisen den Leser auf diesen Artikel, um uns hier auf zwei Ausführungen Lenins zu konzentrieren, wo er die entscheidende Notwendigkeit der Zentralisation in der kommunistischen Partei hervorhebt. Aus ihnen geht die völlige prinzipielle Übereinstimmung des Kampfes der Bolschewiki mit den Positionen des "Bundes der Kommunisten" und mit dem Kampf von Marx und Engels gegen Bakunin & Co. in der I. Internationale (dokumentiert in den verschiedenen Schriften von Band 18 der Marx - Engels - Werke) klar hervor. Lenin zeigt auch, daß die Partei hauptsächlich aus Berufsrevolutionären besteht, d.h. aus Militanten, die sich nicht als Amateure und Dilettanten, sondern professionell mit der revolutionären Arbeit befassen, das sie wissen, daß der Klassenkampf und die Revolution eine Partei verlangen, deren Mitglieder nicht allein zu Opfern, sondern auch dazu bereit sind, sich systematisch auf die vielfältigen Aufgaben des revolutionären Kampfes vorzubereiten.

===== Aus: Lenin, "WAS TUN" (1902) =====

"Und nun behaupte ich: 1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität währende Führerorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein (denn um so leichter wird es für allerhand Demagogen sein, die unentwickelten Schichten der Masse mitzureißen); 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen; 4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation einengen, und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation "zu schnappen", und 5. um so breiter wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse und aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglich-

Der Opportunismus muß sich zwangsläufig auch auf der Ebene der Organisationsfragen deutlich äußern - und so war es bei den Menschewiki in Rußland der Fall gewesen. Denselben Kampf, den die Bolschewiki in Rußland gegen den Menschewismus geführt hatten, hat die Komintern in der Arbeiterbewegung des Westens, die in Demokratie, Föderalismus und Autonomismus versumpft war, führen müssen. Diese Versumpfung war Ausdruck des wesentlich größeren Gewichtes der feindlichen Klassen im Westen, die seit Jahrzehnten dafür arbeiteten, die revolutionäre Kontinuität der marxistischen Avantgarde zu zersetzen und zu brechen, was schließlich zum Zusammenbruch der II. Internationale führte.

Die bolschewistische Führung der Komintern mußte sozialdemokratische und anarchistische Traditionen (und "Kinderkrankheiten") unerbittlich bekämpfen. Die Broschüre von Lenin gegen den "Linksradikalismus" (siehe unsere Schrift darüber in "Kommunistisches Programm" Nr. 19 u. Nr. 20), die Thesen des II. Kongresses über die Rolle der Partei und die Aufnahmebedingungen, schließlich die Leitsätze des III. Kongresses, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben, bilden Meilensteine dieses Kampfes, der in den Ausführungen von Trotzki auf dem IV. Kongress gegen den Opportunismus der französischen Partei noch einmal sehr plastisch zum Ausdruck kommt.

Angesichts einer Bourgeoisie, die, gerade wenn sie sich bedroht fühlt, ein Höchstmaß an konterrevolutionärer Energie ent-

faltet, bilden der Zentralismus und die Disziplin auf allen Ebenen der Partei, die Kontinuität und "Professionalität" ihres Wirkens eine Lebensbedingung für den Erfolg der proletarischen Aktion. Was damals im Feuer von Klassenschlachten geschrieben wurde, in denen das Proletariat wegen mangelnder revolutionärer Vorbereitung erlag, ist heute ein unerläßlicher Kompaß für die rechtzeitige Vorbereitung des Sieges in den Schlachten von morgen.

===== Aus: "LEITSÄTZE ÜBER DEN ORGANISATORISCHEN AUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN, ÜBER DIE METHODEN UND DEN INHALT IHRER ARBEIT" (1921) =====

"8. Die kommunistische Partei soll eine Arbeitsschule des revolutionären Marxismus sein. Durch die tägliche, gemeinschaftliche Arbeit in den Parteiorganisationen werden die organischen Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen und zwischen den einzelnen Mitgliedern angeknüpft.

In den legalen kommunistischen Parteien fehlt es noch heute an der regelmäßigen Teilnahme der meisten Mitglieder an der täglichen Parteiarbeit. Das ist der Hauptmangel dieser Parteien, der Boden einer beständigen Unsicherheit für ihre Entwicklung.

9. (...) Die Annahme eines kommunistischen Programms ist aber erst die Kundgebung des Willens, kommunistisch zu werden. Wenn die kommunistische Tätigkeit ausbleibt und  
Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

## Revolutionärer Kampf, Klassenpartei und kommunistische Militanz

wenn in der Organisation der Parteiarbeit die Passivität der Mitglieder massen noch immer erhalten bleibt, erfüllt die Partei nicht einmal das Mindeste von dem, was sie durch die Annahme des kommunistischen Programms dem Proletariat versprochen hat. Denn zur ersten Durchführung dieses Programms ist die Heranziehung aller Mitglieder zu beständiger, alltäglicher Mitarbeit die erste Bedingung.

Die Kunst der kommunistischen Organisation besteht darin, im proletarischen Klassenkampf alles und alle auszunutzen, zwischen allen Parteimitgliedern die Parteiarbeit zweckmäßig zu verteilen und durch die Mitglieder noch breitere Massen des Proletariats ständig in die revolutionäre Bewegung hineinzuziehen, dabei die Führung über die gesamte Bewegung fest in den Händen zu halten, nicht kraft der Macht, sondern kraft der Autorität, also kraft der Energie, der größeren Erfahrung, der größeren Vielseitigkeit, der größeren Fähigkeit.

10. Eine kommunistische Partei soll also in ihrem Bestreben, nur wirklich aktive Mitglieder zu haben, von einem jeden in ihren Reihen fordern, daß er seine Kraft und Zeit, soweit er überhaupt selbst darüber unter den gegebenen Verhältnissen disponieren kann, zur Verfügung seiner Partei stellt und immer sein Bestes für diesen Dienst hergibt.

Zur Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei gehört natürlich in der Regel - unter Voraussetzung der kommunistischen Überzeugung - auch formale Registrierung, eventuell zuerst als Kandidat, dann als Mitglied, regelmäßige Zahlung der festgesetzten Beiträge, das Abonnement der Parteizeitungen usw. Das Wichtigste aber ist die Teilnahme jedes Mitgliedes an der täglichen Parteiarbeit.

11. Zum Zwecke der täglichen Parteiarbeit soll in der Regel jedes Parteimitglied stets in eine kleinere Arbeitsgruppe eingegliedert sein: in eine Gruppe, ein Komitee, eine Kommission, einen Ausschuss oder ein Kollegium, in eine Fraktion oder Zelle. Nur auf diese Weise kann die Parteiarbeit ordentlich verteilt, geleitet und ausgeführt werden.

Ganz selbstverständlich ist auch die Teilnahme an den allgemeinen Mitgliederversammlungen der örtlichen Organisationen; es ist nicht gut, diese periodischen Versammlungen unter legalen Verhältnissen durch örtliche Repräsentationen ersetzen zu wollen, vielmehr sollten alle Mitglieder zum regelmäßigen Besuche dieser Versammlungen verpflichtet werden. Das ist aber keineswegs genug. Schon die ordentliche Vorbe-

ereitung dieser Versammlungen setzt eine Arbeit in kleineren Gruppen oder die Arbeit beauftragter Genossen voraus, ebenso wie die Vorbereitungen für wirksame Ausnutzung allgemeiner Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Massenaktionen der Arbeiterschaft. (...)

15. Diese grundlegende organisatorische Aufgabe verpflichtet die führenden Parteiorgane zur fortwährenden, sich nie erschöpfenden, direkten Leitung und systematischen Beeinflussung der Parteiarbeit. Das erfordert die mannigfachsten Bemühungen jener Genossen, die in der Leitung der Organisationen der Partei tätig sind. Die kommunistische Arbeitsleitung hat eben nicht nur darüber zu wachen, daß die Genossen und Genossinnen überhaupt beschäftigt sind, sie muß ihnen helfen, sie hat ihre Arbeit plammäßig und sachverständig zu leiten mit genauer Orientierung über die besonderen Arbeitsbedingungen und mit dem Streben, auch in der eigenen Tätigkeit begangene Fehler herauszufinden, auf Grund gewonnener Erfahrungen die Arbeitsmethoden immer zu verbessern und dabei nie das Ziel des Kampfes aus den Augen zu lassen. (...)

17. Zur Arbeitspflicht in der kommunistischen Organisation gehört notwendigerweise auch die Pflicht der Berichterstattung. Diese obliegt sowohl allen Organisationen und Organen der Partei sowie jedem einzelnen Parteimitglied. Die allgemeine Berichterstattung muß regelmäßig für kürzere Perioden erfolgen. Dabei ist über die Erfüllung spezieller Aufträge besonders zu berichten. Es ist wichtig, die Berichterstattungspflicht so systematisch durchzuführen, daß sie sich als beste Tradition in der kommunistischen Bewegung einwurzelt. (...)

Aus: REDE TROTZKIS AUF DEM IV. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE, 1922

"Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die Partei nicht als la grande amitié (die große Freundschaft) entsteht, sondern erst durch einen harten Kampf nach außen und notfalls auch in ihrem Inneren dazu heranwächst, durch eine Säuberung ihrer Reihen, durch eine sorgfältige und, wenn nötig, schonungslos Auslese der besten Elemente der Arbeiterklasse, derjenigen, die sich vorbehaltlos der Sache der Revolution verschrieben haben. Mit anderen Worten: Die Partei muß erst die "grande selection" (die große Auslese) durchmachen, bevor sie zur "grande amitié" wird."

nes Teils des Proletariats als Partei, nämlich jener Proletarier, die das Bewußtsein der kommunistischen Prinzipien mit der Entschlossenheit vereinen, alle ihre Kräfte der Sache der Revolution zu widmen."

Aus: "DIE DISZIPLIN" (in "Il Comunista", 14. November 1920)

"Ohne ein eisernes Gesetz, das von vornherein Führer und Anhänger dazu auffordert, sich streng und tiefgehend auf die Notwendigkeit der Disziplin zu besinnen, kann man die Bildung einer wirklichen kommunistischen Partei nicht in Angriff nehmen. Die Disziplin ist unentbehrlich, damit eine revolutionäre Partei mit sicherem Erfolg an den Kampf, den sie führen muß, herangehen kann. Im weiten Sinne haben Kommunismus und Disziplin die gleiche Bedeutung."

Bei uns spielt man gerne mit dem Wort Disziplin. Die Führer berufen sich darauf, wenn sie Gehorsam verlangen, vergessen es aber, wenn sie selber gehorchen müssen. Die Parteianhänger, die sogenannten eingetragenen Mitglieder, machen sich über dieses Wort herzlich lustig, nicht zuletzt deshalb, weil sie sicher sind, daß sie bestraft bleiben. (...) Wir aber, die wir mitten in unserer Partei leben und uns unserer Entwicklung, der uns bevorstehenden Aufgaben, der ungeheuren Verantwortung, die auf uns lastet, bewußt sind, wir stellen mit Verachtung und Schmerz fest, daß unsere Disziplin, die Disziplin der Sozialistischen Partei ein Bluff ist, an den allein gegnerische Gruppen der untergehenden bürgerlichen Klasse glauben können. (...) Die Bildung der italienischen kommunistischen Partei, die auf jeden Fall erfolgen muß, verlangt die Festlegung eines neuen Parteistatus. Man muß dabei von einer äußersten Zentralisierung und

von der Abschaffung jener demokratischen Formen ausgehen, die im Widerspruch zur Notwendigkeit einer Beschleunigung und Erleichterung der schweren Arbeit der revolutionären Vorbereitung stehen. Die kommunistische Fraktion wird dem kommenden Parteitag in Florenz einen Statutenentwurf vorlegen. Dieser Entwurf wird durch die Leitlinie der strengsten Zentralisierung geprägt sein: Die Statuten werden für das Exekutivkomitee der Parteileitung weitgehende Machtbefugnisse vorsehen, sie werden eine Kandidatenzeit für neue Anhänger und wiederholte Überprüfungen einführen (wobei die erste Überprüfung sofort nach dem Parteitag erfolgen soll). Die Einhaltung des Statuts wird viele Opportunisten aus der neuen Partei verjagen und eine spontane Bereinigung der kommunistischen Reihen herbeiführen. Auf diese Weise werden wir uns vom toten Ballast befreien, der in einer ersten Zeit um uns kreisen wird.

Wir müssen die individualistische, personalistische Tendenz, die heute unter uns lebt und sich entwickelt, abschaffen (...). Die Kommunisten wollen Befehle durchführen."

Aus: "UNSERE PARTEI" (in "Il Comunista", 7. April 1921)

"Unsere Partei ist eine kleine Partei. Jene, die in einer ersten Zeit über unsere Tätigkeit und unsere Fähigkeiten nicht sicher waren, waren nicht alle der Ansicht, in unsere Reihen kommen zu müssen. Sie blieben außerhalb unserer Partei und auch der Sozialistischen Partei. Das war gut. Es gibt andere, die sich bei der ersten Überprüfung, deren Regeln wir in einigen Tagen festlegen werden, von uns entfernen werden."

Die guten und treuen Genossen werden sich durch unsere Ernsthaftigkeit ermutigt fühlen. Es ist sehr schwierig, eine Partei zu finden, die - zu dem Augenblick selbst, wo sie sich bildet - Amputationen durchführt und Mitgliedschaften überprüft. Allein die Kommunisten können in ihren eigenen Organismus so eingreifen, denn sie verfolgen keine kurzfristigen Ziele, sie verabscheuen die unübersichtliche Anhängerschaft, sie müssen die Eigenschaften derjenigen, die sich den revolutionären Reihen anschließen wollen, sorgfältig überprüfen. (...) Wir haben nichts zu verbergen. Wir sagen ganz offen die Wahrheit über die Mängel unserer Organisation, die nicht vollkommen sein kann (...). Da unsere Partei keine Zwangsrekrutierung kennt, steht es jedem, der nicht bereit ist, der Partei zu geben, was sie haben will, frei, sich von uns auf der Stelle zu entfernen. Wer aber zu bleiben bereit ist, der unterschreibt durch seinen Beitritt zur kommunistischen Partei eine Erklärung des Verzehrs auf viele Freiheiten (...).

Die Ereignisse überstürzen sich und wir müssen unsere Vorbereitung beschleunigen. Es ist deshalb unannehmbar, daß die italienischen Kommunisten bei der Arbeit der Festigung ihrer eigenen Reihen auch nur eine Minute verlieren. Wir wollen die Sicherheit haben, daß keiner seine Pflicht verletzen wird, wann immer die Partei Opfer und Verzicht verlangt (...). Die Genossen - und insbesondere die Führer - müssen über die ungeheure Verantwortung nachdenken, die sie heute auf sich nehmen und der sie sich weder entziehen sollen noch entziehen dürfen. Wir befinden uns im Kriegszustand und auch für uns und unsere Militanten gelten Kriegsregeln."

Aus: "DIE TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE" (Thesenentwurf der KPI für den IV. Kongreß der Komintern, 1922)

"(...) Grundlegende Aufgabe der kommunistischen Parteien ist die Eroberung eines immer größeren Einflusses auf die Massen. Dafür müssen sie zu allen taktischen Mitteln greifen, die der objektiven Situation

angemessen sind und eine wachsende ideologische und organisatorische Einflußnahme der Partei in den Reihen des Proletariats gewährleisten.

Die Eroberung der Massen kann sich nicht durch die alleinige Propaganda der Parteiideologie und die bloße Anwerbung von Militanten verwirklichen, sondern durch die Teilnahme an allen Aktionen, wozu die Proletarier durch ihre wirtschaftliche Lage getrieben werden. (...)

Durch die Aktion um Teilforderungen stellt die kommunistische Partei einen Kontakt mit den Massen her, der ihr erlaubt, neue Mitglieder zu gewinnen; indem sie durch ihre Propaganda die Lehren der Aktionen vervollständigt, zieht die Partei die Sympathie und Popularität an sich und schafft um sich herum ein ganzes und breites Organisationsnetz, das einerseits mit den tiefen Schichten der Massen und andererseits mit dem führenden Zentrum der Partei selbst verbunden ist. So läßt sich eine einheitliche Disziplin der Arbeiterklasse vorbereiten, die durch die systematische Unterwanderung der Gewerkschaften, der Genossenschaften und aller Interessenverbände der Arbeiterklasse zu erreichen ist. Ähnliche Organisationsnetze müssen so bald wie möglich in allen Tätigkeitsbereichen der Partei geschaffen werden: bewaffneter Kampf und militärische Aktion, Bildung und Kultur, Jugend- und Frauenarbeit, Unterwanderung der Armee usw. Ziel einer solchen Arbeit ist die Verwirklichung eines nicht nur ideologischen sondern auch organisatorischen Einflusses der kommunistischen Partei über den größten Teil der Arbeiterklasse. (...)"

Aus: THESEN DER LINKE FÜR DEN PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ITALIENS, Lyon, 1926

"Die Partei kann sich nicht darauf beschränken, lediglich die Reinheit der theoretischen Prinzipien und die Reinheit des organisatorischen Gefüges zu bewahren. Sie darf sich aber auch nicht darauf ausrichten, unmittelbare Erfolge und große Popularität um jeden Preis zu erzielen. Die Tätigkeit der Partei muß in allen Zeiten und in allen Lagen folgende drei Punkte umfassen:

- die Verteidigung und Präzisierung der grundlegenden programmatischen Postulate, d.h. des theoretischen Bewußtseins der Arbeiterbewegung gegenüber allen neu auftauchenden Ereignissen;
- Sicherung der Kontinuität der Parteiorganisation und deren Schlagkraft, sowie die Verteidigung der Parteiorganisation vor einer Verseuchung mit fremden und dem revolutionären Interesse des Proletariats entgegengesetzten Einflüssen;
- die aktive Teilnahme an allen Kämpfen der Arbeiterklasse, auch wenn diese durch bescheidene Teilinteressen hervorgerufen werden. Die Partei beschränkt sich aber nicht darauf, die Entfaltung dieser Kämpfe zu fördern, sondern trägt das Bewußtsein ihrer Verbindung mit den revolutionären Zielen ständig in sie hinein; sie zeigt, daß die Erfolge des Klassenkampfes Brücken sind zu den unerläßlichen zukünftigen Kämpfen; sie warnt vor der Gefahr, die darin besteht, sich auf Teilsiege wie auf einem erreichten Endziel auszuruhen oder die Bedingungen für die Aktion und die Kampflust des Proletariats (wie Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Ideologie und seiner Organisation, an allererster Stelle der Partei) gegen Tageserrungenschaften einzutauschen.

Der höchste Zweck dieser vielseitigen Aktivität der Partei liegt darin, die subjektiven Bedingungen für die Vorbereitung des Proletariats zu schaffen, d.h. es in die Lage zu versetzen, die objektiven revolutionären Möglichkeiten, die die Geschichte bietet, zu nutzen, sobald sie auftauchen und zwar so zu nutzen, daß es aus dem Kampf als Sieger und nicht als Besiegter hervorgeht. (...)"

## V. Die Internationale Kommunistische Partei

Aus: "GRUNDTHESEN DER PARTEI" (1951), IV.

"4. Heute, auf dem tiefsten Punkt der Kurve, wo sich die Aktionsmöglichkeiten äußerst einengen, denkt die Partei, die revolutionäre Tradition fortsetzend, dennoch nicht daran, die historische Linie der Vorbereitung einer künftigen großangelegten Wiederaufnahme der Klassenbewegung - die sich die Ergebnisse der vergangenen Erfahrungen aneignen muß - abbrechen zu lassen. Aus der Einigung der praktischen Arbeit ergibt sich keinesfalls der Verzicht auf die revolutionären Voraussetzungen. Die Partei erkennt an, daß bestimmte Tätigkeitsgebiete quantitativ weitgehend eingeschränkt sind; dadurch werden aber weder diese Tätigkeitsgebiete in ihrer Gesamtheit geändert, noch wird auf sie ausdrücklich verzichtet. (...)

Fortsetzung auf S. 6

## IV. Der Kampf der Kommunistischen Linken um die Bildung der italienischen Sektion der Komintern und gegen ihre Entartung

Vor und nach der Bildung der KP Italiens durch die Spaltung der sozialistischen Partei 1921 in Livorno führte die kommunistische Linke in Italien - als einzige Strömung der Komintern im Westen - einen wahrhaftigen bolschewistischen Kampf gegen alle zersetzenden Traditionen der sozialdemokratischen Parteien und die anarchoiden linksradikalen Tendenzen. Die Thesen und Schriften der Linke von 1920-1926 (siehe "Kommunistisches Programm" Nr. 13 und Nr. 14), die zunehmend im Zusammenhang mit ihrem Widerstand gegen die opportunistische Entartung der Komintern standen, bekräftigten die in den obigen Abschnitten dargelegten Prinzipien. Sie wiederholen deutlich und entschieden, daß die Revolution unter keinen Umständen siegen kann, wenn das Proletariat nicht über eine feste, schlagkräftige und einheitliche Partei verfügt, über eine Partei, die einen entscheidenden Einfluß über die Arbeitermassen erobert hat, unnachgiebig die marxistische Theorie, die politische und organisatorische Zentralisation und Kontinuität verteidigt und sich durch ihre kommunistischen Gruppen an den sozialen Kämpfen beteiligt, um eine einheitliche Disziplin der gesamten Klasse zu erreichen. Die Genossen können die nachstehenden Zitate durch die Lektüre der Punkte 8 und 13 der "Römer Thesen" über die Taktik (1922, deutsch in KP Nr. 14) sinnvoll ergänzen.

Aus: THESEN DER KOMMUNISTISCHEN WAHLBOYKOTTISTISCHEN FRAKTION DER SOZIALISTISCHEN PARTEI ITALIENS (Mai 1920)

"Ziel der Aktion der kommunistischen Partei ist der gewaltsame Sturz der bürgerlichen Herrschaft, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Organisation als herrschende Klasse."

(...) Die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten beruht auf der Organisation ei-

# Die Stellung der Kommunisten zum Parlamentarismus

Wir haben in einem anderen Artikel unsere Einschätzung der diesjährigen Bundestagswahlen dargelegt und eine globale politische Kritik derjenigen Gruppen geleistet, die oft unter Berufung auf die Arbeiterklasse oder gar auf den Marxismus zu den Wahlen und meistens auch zur Unterstützung einer parlamentarischen (sprich bürgerlichen) Partei aufrufen. Es ist aber notwendig, näher zu zeigen, daß diese Kritik wie die Einschätzung der Wahlen bestimmt werden durch unsere allgemeinen programmatischen und prinzipiellen Positionen und durch eine historische Einschätzung der politischen Entwicklung der Bourgeoisie von ihren revolutionären Anfängen bis hin zu ihrer imperialistischen und totalitären Gegenwart. Dies ist umso wichtiger, als es auch einige Gruppen gibt, die entweder aus Prinzip eine Position des Wahlboykottismus vertreten, d.h. aus Gleichgültigkeit gegenüber der Politik die Notwendigkeit einer Parteiaktion zum Zwecke des Bruches des Proletariats mit den bürgerlichen Parteien leugnen, während andere Gruppen ihrerseits aus parlamentarischem Kretinismus hier und da zum Boykott der Wahlen aufrufen, sei es weil sie selber nicht kandidieren können, sei es weil die SPD in ihren Augen nur dann eine Unterstützung verdient, wenn sie weniger offen als bürgerliche Partei auftritt. Dies kommt in Losungen wie "Alleinregierung der SPD" oder "Gegen Schmidt für die (evtl. "kritische") Unterstützung der SPD" usw. zum Ausdruck.

Was uns von allen anderen Gruppen unter-

scheidet, ist nicht der Wahlboykottismus, sondern die allgemeine politische Linie, die Prinzipien, die Theorie, das Programm, die allgemeine Taktik und daher auch die Bedeutung, die wir dem Wahlboykottismus beimessen.

Unser Bezugspunkt ist die Festlegung bzw. Wiederherstellung der prinzipiellen Position gegenüber dem Parlamentarismus und dessen historische Einschätzung auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale sowie die auf dieser Grundlage damals stattgefundenen Auseinandersetzungen über die richtige Taktik gegenüber dem Parlament in den Ländern des imperialistischen Westens: Kann man in diesen Ländern das Parlament und die Wahlen durch Beteiligung für revolutionäre Zwecke ausnutzen? Mit anderen Worten: Kann man dadurch die revolutionäre Partei festigen und die Massen gegen den Kapitalismus und die Demokratie mobilisieren?

Die Kommunistische Linke Italiens, auf die wir uns beziehen, und die als einzige politische Strömung der stalinistischen Konterrevolution auf der Grundlage der Prinzipien und der gesamten theoretischen und politischen Tradition der Kommunistischen Internationale überlebte, antwortete darauf mit Nein, während die Bolschewiki für den revolutionären Parlamentarismus eintraten. Diese Taktik, die von der Internationale ohne Erfolg angewandt wurde, mußte - wenn man ein Minimum an Ernsthaftigkeit hat, was man natürlich von den zeitgenössischen "Linken" nicht

verlangen kann - wie jede andere Taktik vor dem Hintergrund ihrer tatsächlichen Ergebnisse und der weiteren geschichtlichen Entwicklung bilanziert werden. Diese historische Bilanz zeigte einerseits, daß das Parlament im Laufe der weiteren Entwicklung des Kapitalismus (seiner faschistischen Entwicklung in der Hülle des Pluralismus oder des Einparteiensystems) im Vergleich zu 1920 noch mehr an Bedeutung verlor; andererseits, daß die Ausnutzung der Wahlen und des Parlaments nicht zu den von den Bolschewiki erwarteten revolutionären Ergebnissen führte, sondern im Gegenteil die Bildung der kommunistischen Weltpartei und den Bruch der Massen mit der parlamentarischen Demokratie erschwerte. Man konnte das Parlament nicht, wie beabsichtigt, für das Proletariat ausnutzen, vielmehr entwickelten sich die Parteien der Komintern in Richtung auf eine Politik, die in der Ausnutzung des Proletariats für die Demokratie besteht, die Politik des demokratischen Antifaschismus, für deren verschiedene Varianten man das Proletariat nach wie vor einzuspannen versucht.

Die Taktik des revolutionären Parlamentarismus war nicht die Ursache für diese Entwicklung, sie erwies sich aber als ungeeignet und hat diese Entwicklung begünstigt. Die Gründe hierfür waren bereits in jenen Leitsätzen der kommunistischen Linke Italiens, die wir unten auszugsweise wiedergeben, dargelegt worden. Diesen Leitsätzen schicken wir die zwei ersten Teile der Leitsätze der Bolschewiki, bzw.

der Komintern, voraus. Damit liefern wir eine Zusammenfassung der Gesamteinschätzung des Kommunismus zur Frage des Parlamentarismus.

Diese Leitsätze wurden zu einer Zeit verfaßt, da der Kommunismus ein aktiver Faktor in der Geschichte war. Sie bilden zugleich aber eine Grundlage, damit er nach langen Jahrzehnten der Konterrevolution im Feuer der kommenden proletarischen Klassenkämpfe wieder zu einem solchen Faktor wird.

Es dürfte jedem, der nicht den Betrug zum Beruf und den Selbstbetrug zur Berufung hat, hinreichend klar sein, daß heute die materiellen Bedingungen nicht vorhanden sind, damit die Kommunistische Partei Einfluß auf die Massen des Proletariats gewinnt und die Führung dieser Massen erobert. Dies ist aber ihr Ziel, und wie sie taktisch vorgehen muß, um vor dem Hintergrund des politischen Spiels der Bourgeoisie dahin zu gelangen, ist eine Frage - die Frage der "indirekten" taktischen Aktion der Kommunistischen Partei -, die gerade die Kommunistische Linke Italiens in den "Thesen über die Taktik" (den "Römer Thesen" der KPI aus dem Jahre 1922) ausführlich geklärt hat. Wir können hier aus Platzgründen leider nicht auf diese Frage näher eingehen und verweisen daher den Leser, dem an einer solchen Klärung gelegen ist, auf den VI. Abschnitt der "Römer Thesen" selbst, die wir in der Nr. 14 unserer theoretischen Zeitschrift "Kommunistisches Programm" veröffentlicht haben.

## Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus, angenommen auf dem II. Kongreß der Komintern (1920) (Auszüge)

### 1. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus bestand von Anfang an, bereits in der Epoche der I. Internationale, darin, daß sie die bürgerlichen Parlamente zu Agitationszwecken ausnutzten. Die Teilnahme am Parlament wurde unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Diese Stellungnahme änderte sich, nicht unter dem Einfluß der Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des Gebiets der kapitalistischen Ausbeutung erlangten der Kapitalismus und mit ihm die parlamentarischen Staaten eine längere Stabilität.

Die Folgen davon waren: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die "organische" gesetzgeberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die steigende Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Minimalprogramms der Sozialdemokratie, die Umwandlung des Maximalprogramms in eine Plattform für Diskussionen über ein sehr fernes "Endziel". Auf dieser Grundlage entwickelten sich die Erscheinungen des parlamentarischen Karrierismus, der Korruption, des offenen und versteckten Verrats an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Die Stellung der III. Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue Doktrin, sondern durch die Änderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vergangenen Epoche hat das Parlament als Instrument des sich entwickelnden Kapitalismus in gewissem Sinne eine historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen, unter dem zügellosen Imperialismus, ist das Parlament zu einem Werkzeug der Lüge, des Betruges, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes geworden. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Gewalttaten, Räubereien und Zerstörungen verlieren die jeder Planmäßigkeit und Festigkeit baren parlamentarischen Reformen für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Zusammen mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der Übergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiet des Parlamentarismus. So hat z. B. die russische Arbeiterpartei (die Bolschewiki) den Kern des revolutionären Parlamentarismus bereits in der vergangenen Epoche herausgearbeitet, weil Rußland seit 1905 das politische und soziale Gleichgewicht verloren hatte und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Wenn einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen, sich von den parlamentarischen Opportunisten abzuspalten, so gehen sie im Grunde genommen bewußt oder halb bewußt von einer Einschätzung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit des Imperialismus aus und glauben, daß auf dieser Grundlage, im Kampf um Reformen, eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne.

Der Kommunismus muß von einer klaren theoretischen Einschätzung des Charakters der gegenwärtigen Epoche ausgehen (Höhepunkt des Kapitalismus; seine imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges usw.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Wechselbeziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Aber der Kern bleibt überall ein und derselbe. Es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats: um die Zerstörung der bürgerlichen und die Errichtung einer neuen, proletarischen Staatsmacht.

Gegenwärtig kann das Parlament für die Kommunisten auf keinen Fall ein Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie das in gewissen Augenblicken der vergangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens hat sich vollkommen aus dem Parlament verschoben, und zwar endgültig. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur infolge ihres Verhältnisses zu den werktätigen Massen, sondern auch infolge der komplizierten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise mittels des Parlaments durch-

zuführen, wo die verschiedenen Cliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich kompromittieren usw.

Die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse besteht deshalb darin, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten, und an ihre Stelle neue, proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse außerordentlich interessiert daran, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese Aufgabe der Zerstörung zu erleichtern. Hieraus ergibt sich vollkommen klar der radikale Unterschied zwischen der Taktik des Kommunismus, der mit revolutionären Zielen in das Parlament eintritt, und der Taktik des sozialistischen Parlamentarismus. Der letztere geht von der Voraussetzung einer relativen Festigkeit, einer unbestimmten Dauer des jetzigen Regimes aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen, und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus entsprechend eingeschätzt werde. (Turati, Longuet & Co.)

An die Stelle des alten Parlamentarismus der Anpassung tritt der neue Parlamentarismus, der eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt ist. Die widerwärtigen Überlieferungen der alten parlamentarischen Taktik treiben allerdings einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (IWW, die revolutionären Syndikalisten, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands). Unter Berücksichtigung dieser Erscheinung stellt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale folgende Thesen auf.

### 2. Der Kommunismus,

der Kampf für die Diktatur des Proletariats und die Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente

#### I

1. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist zur "demokratischen" Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Fiktion einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines klassenlosen "Volkswillens" erscheint, im Grunde aber ein Werkzeug zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist.

2. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung. Deshalb kann er auf keinen Fall eine Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf noch irgendeine Staatsgewalt kennt.

3. Der Parlamentarismus kann auch nicht die Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Übergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des verschärften Klassenkampfes, der in den Bürgerkrieg übergeht, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als Kampforganisation aufbauen, in die die Vertreter der früheren herrschenden Klassen nicht hineingelassen werden. Für das Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion eines "allgemeinen Volkswillens" direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Räterepublik.

4. Die bürgerlichen Parlamente, diese wichtigsten Teile der bürgerlichen Staatsmaschine, können nicht erobert werden, ebenso wie das Proletariat den bürgerlichen Staat überhaupt nicht erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören, und zugleich mit ihr - die parlamentarischen Einrichtungen, ganz gleich, ob es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sind.

5. Das gleiche gilt für die kommunalen Einrichtungen der Bourgeoisie. Es ist theoretisch falsch, sie den Staatsorganen gegenüberzustellen. In Wirklichkeit sind sie genauso solche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die das revolutionäre Proletariat zerstören und durch örtliche Arbeiterräte ersetzen muß.

6. Der Kommunismus verneint also den Parlamentarismus als Form der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Proletariats. Er verneint die Möglichkeit einer Eroberung des Parlaments auf die Dauer, er stellt sich die Aufgabe, den Parlamentarismus

zu zerstören. Deshalb kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zweck ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann man die Frage stellen.

#### II

7. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Streik, der sich über das ganze Land ausbreitet, wird zu einer Gefahr für den bürgerlichen Staat und erlangt dadurch einen politischen Charakter. Will man die Bourgeoisie stürzen und ihren Staat zerstören, so heißt das, daß man einen politischen Kampf führen muß. Einen eigenen proletarischen Klassenapparat für die Verwaltung und zur Unterdrückung des Widerstandes der Bourgeoisie schaffen - wie dieser Apparat auch sein mag - heißt die politische Macht erobern.

8. Die Frage des politischen Kampfes ist also nicht gleichbedeutend mit der Frage der Stellung zum Parlamentarismus. Das ist die allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der von kleineren Teilkämpfen zum Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt übergeht.

9. Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Methode der Massenaktionen. Diese Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer geschlossenen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg. In diesem Krieg muß das Proletariat sein gutes politisches Offizierskorps, seinen guten politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Gebieten leitet.

10. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die immer schärfere Formen annehmen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats in der Regel sich alle möglichen legalen Stellungen sichern, sie zu Hilfsstützpunkten ihrer revolutionären Tätigkeit machen und diese Stellungen dem Plan der Hauptkampagne, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnen.

11. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann man auf keinen Fall das Argument ins Feld führen, daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die Kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine der Bourgeoisie und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen. (Beispiel dafür: die Tätigkeit Liebkechts in Deutschland; der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der "Demokratischen Beratung", im "Vorparlament" Kerenskis, in der "Konstituante", in den Stadtdumas, und schließlich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten.)

12. Diese Arbeit im Parlament, die hauptsächlich der revolutionären Agitation von der Parlamentstribüne, der Entlarvung der Gegner, dem geistigen Zusammenschluß der Massen dient, die, namentlich in rückständigen Gegenden, von demokratischen Illusionen befangen, nach der Parlamentstribüne blicken - diese Arbeit muß vollkommen den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein.

Die Teilnahme am Wahlkampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die politische Eroberung jener Schichten der Arbeiterklasse, die bisher, wie z. B. die werktätigen Massen auf dem Lande, dem politischen Leben fernstanden.

13. Bekommen die Kommunisten die Mehrheit in den kommunalen Einrichtungen, so müssen sie: a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung zu helfen (wirtschaftliche Maßnahmen, Organisation oder Versuche zur Organisation einer bewaffneten Arbeitermiliz usw.); c) bei jeder Gelegenheit auf die Schranken hinweisen, die die bürgerliche Staatsgewalt allen wirklich großzügigen Änderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage eine entschiedene revolutionäre Propaganda treiben, ohne Konflikte mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Umständen die Gemeindeverwaltungen usw. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. - Die ganze Arbeit der Kommunisten in den kommunalen Einrichtungen muß also ein Teil ihrer allgemeinen Ar-

## Die Stellung der Kommunisten zum Parlamentarismus

beit zur Zersetzung des kapitalistischen Staats sein.

14. Die Wahlkampagne selbst muß nicht eine Jagd nach einer möglichst großen Zahl von Parlamentsmandaten sein, sondern eine revolutionäre Mobilisierung der Massen für die Losungen der proletarischen Revolution. Den Wahlkampf muß die gesamte Masse der Parteimitglieder führen, nicht nur die Oberschicht der Partei. Alle Massenaktionen (Streiks, Demonstrationen, Gärung unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade in dem betreffenden Moment vor sich gehen, muß man ausnutzen und in engstem Kontakt mit ihnen arbeiten. Alle proletarischen Massenorganisationen müssen zur aktiven Arbeit herangezogen werden.

15. Bei Einhaltung aller dieser wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Bedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes schmutzigen Politikantentums, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder praktizieren, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische“ Institution zu unterstützen oder bestenfalls um sie zu „erobern“. Die Kommunistische Partei kann nur für die revolutionäre Ausnutzung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts, Höglunds und der Bolschewiki sein.

### III

16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ im Sinne einer absoluten und kategorischen Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der revolutionären parlamentarischen Tätigkeit ist also eine naive, kindische Doktrin,

die keiner Kritik standhält, eine Doktrin, deren Ursache mitunter ein gesunder Ekel vor den politikasternden Parlamentariern ist, die aber gleichzeitig nicht die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz falschen Vorstellung von der Rolle der Partei verknüpft, die in der Kommunistischen Partei nicht einen zentralisierten Stoßtrupp der Arbeiter, sondern ein dezentralisiertes System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit keineswegs, daß man unter allen Umständen an bestimmten Wahlen und bestimmten Parlamentsitzungen teilnehmen muß. Das hängt von einer ganzen Reihe besonderer Bedingungen ab. Unter bestimmten Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. So handelten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm sofort jede Kraft zu nehmen und ihm den am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen; so handelten sie, als sie die Konstituante auseinandertrieben und den Schwerpunkt der politischen Ereignisse nach dem III. Rätekongreß verschoben. Unter anderen Umständen kann ein Boykott der Wahlen und eine unmittelbare gewaltsame Beseitigung des ganzen bürgerlichen Staatsapparates und der bürgerlichen Parlamentsclique oder auch eine Teilnahme an den Wahlen bei gleichzeitigem Boykott des Parlaments usw. notwendig sein.

18. Indem also die Kommunistische Partei die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen zu den zentralen Parlamenten und den Organen der

lokalen Selbstverwaltung sowie die Arbeit in diesen Institutionen im allgemeinen anerkennt, muß sie die Frage konkret entscheiden und von den Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehen. Der Boykott der Wahlen oder der Parlamente ebenso wie der Austritt aus dem Parlament ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die unmittelbaren Vorbedingungen für den Übergang zum bewaffneten Kampf gegeben sind.

19. Dabei muß man stets die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt in dem außerparlamentarischen Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Kampfes der Massen für diese Diktatur mit der Teilfrage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzusetzen ist.

20. Deshalb betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Versuch einer Spaltung innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Frage und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß fordert alle auf, die auf dem Boden des Kampfes der Massen für die proletarische Diktatur unter der Führung einer zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, einer Partei, die in allen Massenorganisationen der Arbeiterklasse ihren Einfluß ausübt, die völlige Einheit der kommunistischen Gruppen herbeizuführen, trotz der Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente.

## Leitsätze über den Parlamentarismus der Kommunistischen Wahlboykottistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (1920) (Auszüge)

4. Während der Exekutiv-, Militär- und Polizeiapparat des bürgerlichen Staates die direkte Aktion gegen die proletarische Revolution organisiert, bildet die repräsentative Demokratie ein indirektes Verteidigungsmittel und verbreitet unter den Massen die Illusion, daß ihre Befreiung durch einen friedlichen Prozeß verwirklicht werden kann und daß der proletarische Staat sich auf parlamentarischer Grundlage mit einem Vertretungsrecht für die bürgerliche Minderheit organisieren kann. Das Ergebnis dieses demokratischen Einflusses auf die sozialistischen Massen war die theoretische und praktische Korruption der sozialistischen Bewegung der II. Internationale.

5. Im gegenwärtigen Augenblick ist es die Aufgabe der Kommunisten, in ihrem Bestreben, die Revolution geistig und materiell vorwärtszutreiben, das Proletariat vor allem von den Illusionen und Vorurteilen zu befreien, die durch den Verrat der alten sozialdemokratischen Führer in den Massen verbreitet werden. In den Ländern, in denen seit langer Zeit eine demokratische Ordnung herrscht, die in den Gewohnheiten und dem Gedankenkreis der Massen, wie auch der alten sozialistischen Parteien eingewurzelt ist, ist diese Aufgabe von besonderer Wichtigkeit und tritt unter den Problemen der Vorbereitung zur Revolution an die erste Stelle.

6. Die Teilnahme an den Wahlen und an der parlamentarischen Tätigkeit während einer Zeit, in der man vom Gedanken der Eroberung der Macht durch das Proletariat noch weit entfernt war und als noch nicht die Rede von direkten Vorbereitungen für die Revolution und von der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats war, konnte große Möglichkeiten für Propaganda, Agitation und Kritik bieten. Andererseits kann in solchen Ländern, wo noch eine bürgerliche Revolution im Gang ist und neue In-

stitutionen schafft, der Eintritt der Kommunisten in die Vertretungskörper, die sich noch im Stadium der Bildung befinden, einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse haben, um einen glücklichen Ausgang der Revolution und den endgültigen Sieg des Proletariats herbeizuführen.

7. In der gegenwärtigen Epoche, die mit dem Ende des Weltkrieges und seinen Folgen für die soziale Organisation der Bourgeoisie, mit der russischen Revolution als erster Verwirklichung der Idee der Eroberung der Macht durch das Proletariat und der Bildung der neuen Internationale im Gegensatz zur Sozialdemokratie der Verräter begonnen hat, - und in den Ländern, in denen sich die demokratische Ordnung seit langer Zeit durchgesetzt hat, gibt es keine Möglichkeit, die Parlamentstribüne für die revolutionäre Sache des Kommunismus auszunutzen. Die Klarheit der Propaganda nicht weniger als die Vorbereitung des endgültigen Kampfes für die Diktatur des Proletariats erfordern, daß die Kommunisten eine Agitation für den Boykott der Wahlen von Seiten der Arbeiter führen.

8. Unter diesen historischen Bedingungen, unter denen die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Hauptproblem der Bewegung geworden ist, muß jede politische Tätigkeit der Partei diesem Ziel gewidmet sein. Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, daß jeder Zusammenstoß der feindlichen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht, sich im Rahmen des demokratischen Mechanismus in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muß. Es wird nicht gelingen, diese Ziele zu erreichen, ohne daß man sich von der traditionellen Methode, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne

dem Schauspiel ein Ende zu machen, daß die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter stehen.

9. Die ultraparlamentarische Praxis der alten sozialistischen Parteien hat die gefährliche Auffassung verbreitet, daß jede politische Aktion nur in Wahlkämpfen und parlamentarischer Tätigkeit besteht. Andererseits hat die Abneigung des Proletariats gegen diese Verräterei den syndikalistischen und anarchistischen Fehlern, die der politischen Aktion und der Tätigkeit der Partei jeden Wert absprechen, einen fruchtbaren Boden geschaffen. Daher werden die kommunistischen Parteien mit der Propagierung der revolutionären marxistischen Methode niemals einen großen Erfolg erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und auf die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten.

10. Die überaus große Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimißt, die Tatsache, daß die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse und ökonomischen Mitteln widmet, bringt es einerseits mit sich, daß trotz aller Versamlungsreden und allerlei theoretischer Erklärungen die Überzeugung gestärkt wird, daß dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist; andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation einen technischen Charakter gibt, der im völligen Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht.

11. Was die Parteien anbetrifft, die sich

durch einen Mehrheitsbeschluß der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben, so verhindert die weitere Teilnahme an den Wahlkämpfen die erforderliche Auslebung der sozialdemokratischen Elemente, ohne deren Beseitigung die Kommunistische Internationale ihre historische Rolle nicht durchführen können, und ohne deren Beseitigung sie nicht die disziplinierte und einheitliche Armee der Weltrevolution sein kann.

12. Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schließt jede Möglichkeit aus, von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet, ebenso wie es unmöglich ist, ein Mandat zu erhalten, welches das Recht zu sprechen gibt, wenn man sich weigert, sich allen Formalitäten des Wahlverfahrens zu unterwerfen.

Der Erfolg des parlamentarischen Gefechts kann bloß durch die Geschicklichkeit in der Benutzung dieser gemeinsamen Waffe der Prinzipien, auf die sich die Institution selbst gründet, und durch die Ausnutzung der Feinheiten des Reglements errungen werden, ebenso wie der Erfolg des Wahlkampfes immer mehr nach der Anzahl der Stimmen und der erhaltenen Mandate beurteilt wird.

Jedes Bestreben der kommunistischen Parteien, der Praxis des Parlamentarismus einen ganz anderen Charakter zu verleihen, wird bloß zu einem Bankrott der Energie führen, die man dieser Sisyphusarbeit widmen muß. Die Sache der kommunistischen Revolution fordert unverzüglich zur direkten Aktion gegen das kapitalistische System der Ausbeuter auf.

## Revolutionärer Kampf, Klassenpartei und kommunistische Militanz

6. Die Partei vollzieht heute eine wissenschaftliche Erhebung der sozialen Erscheinungen, um die grundlegenden Thesen des Marxismus zu belegen. Sie untersucht, vergleicht und kommentiert gegenwärtige und jüngste Ereignisse. Sie weist die Ausklügelungen zurück, die dazu neigen, neue Theorien zu gründen oder die Unzulänglichkeit der Lehre in der Erklärung der Phänomene zu 'beweisen'.

Alle diese Arbeit zur Vernichtung (Lenin: 'Was tun?') des Opportunismus und des Abwechsellertums bildet heute die Grundlage der Parteitätigkeit. Auch darin folgt sie den Traditionen und revolutionären Erfahrungen aus den Perioden der revolutionären Ebbe und des Aufblühens von opportunistischen Theorien, die in Marx, Engels, in Lenin und in der italienischen Linken ihre harten und unachgiebigen Gegner sahen. (...)

8. Trotz der niedrigen Anzahl ihrer Mitglieder, die durch die eindeutig konterrevolutionären Bedingungen bestimmt ist, vernachlässigt die Partei keineswegs die Militantengewinnung und die Propaganda ihrer Prinzipien in allen mündlichen und schriftlichen Formen, auch wenn ihre Versammlungen wenige Teilnehmer und ihre Presse eine beschränkte Verbreitung haben. In der heutigen Phase betrachtet die Partei die Presse als wichtigsten Tätigkeitsbereich; denn diese gehört zu den zweck-

mäßigsten Mitteln, die die wirkliche Situation erlaubt, um den Massen die zu folgende politische Linie zu weisen und eine organische und größere Verbreitung der Prinzipien der revolutionären Bewegung zu gewährleisten.

9. Es sind also die Ereignisse, und nicht der Wille oder die Entscheidung der Menschen, die auch die Einflußnahme auf die breiten Massen bestimmen und sie auf einen kleinen Sektor der Gesamttätigkeit reduzieren. Die Partei verpaßt dennoch keine Gelegenheit, durch jeden Riß, durch jeden Spalt in diese Massen einzudringen, denn sie weiß sehr genau, daß die Wiederaufnahme der Klassenbewegung nicht kommen wird, ehe dieser Sektor entschieden gewachsen und vorherrschend geworden ist. (...)

Aus: "THESEN ÜBER DIE HISTORISCHE AUFGABE, DIE AKTION UND DIE STRUKTUR DER KOMMUNISTISCHEN WELTPARTEI" (Neapel, 1965)

"9. (...) Sehr schnell verstand die Partei, daß auch in einer äußerst ungünstigen Lage und selbst dort, wo die Unerblicklichkeit dieser Lage den Gipfel erreicht, die Gefahr gebannt werden muß, daß die Bewegung als eine reine Aktivität der Pressepropaganda und der politischen Re-

krutierung aufgefaßt wird. Überall, immer und ohne Ausnahmen muß das Leben der Partei ein Ganzes bilden mit der beständigen Anstrengung, sich in das Leben der Massen einzuschalten, selbst wenn dessen Äußerungen durch eine Politik beeinflusst werden, die im Gegensatz zu unseren Richtlinien steht (...). Es ist wichtig festzuhalten, daß auch dort, wo diese Arbeit nur keimhaft vorhanden ist, wir die Position zurückweisen müssen, welche die kleine Partei auf selbstbezogene Zirkel reduziert, die keine Verbindung zur Außenwelt haben oder sich darauf beschränken, allein in der Sphäre der Meinungen Anhänger zu gewinnen, denn für den Marxisten ist diese Sphäre eine Welt der Täuschung, wenn sie nicht als Überbau der Welt der ökonomischen Konflikte behandelt wird. Es wäre ebenso falsch, die Partei oder ihre örtlichen Gliederungen in geschlossene Abteile zu unterteilen, die sich jeweils ausschließlich im Bereich der Theorie, der Untersuchung, der Geschichtsforschung, der Propaganda, der Rekrutierung oder der Gewerkschaftstätigkeit betätigen würden, denn im Geiste unserer Theorie und unserer Geschichte lassen sich diese Bereiche absolut nicht voneinander trennen und sie sind im Prinzip der Gesamtheit der Genossen und jedem einzelnen Genossen zugänglich. (...)"

Aus: "ERGÄNZUNGEN ZU DEN THESEN VON 1965" (Mailand, 1966)

"2. (...) Obwohl wir einräumen, daß die

Partei einen engen Wirkungskreis hat, müssen wir empfinden, daß wir die gesunde und handlungsfähige, die wahre Partei vorbereiten für die Periode der Geschichte, wo die Niederträchtigkeiten der bestehenden Gesellschaftsordnung die kämpfenden Massen erneut an die vorderste Front des geschichtlichen Geschehens zwingen werden. Würde diese zahlenmäßig nicht aufgeblähte, sondern kompakte und starke Partei, die das unentbehrliche Organ der Revolution darstellt, fehlen, so könnten die Massen in ihrem Vorsturm noch einmal scheitern. (...)

8. Infolge der Notwendigkeit ihrer organischen Aktion selbst und um eine kollektive Funktion zu erreichen, die jeden Personalismus und Individualismus überwindet und auslöscht, muß die Partei ihre Mitglieder den verschiedenen Tätigkeiten und Aufgaben, die ihr Leben ausmachen, zuteilen. Die Übernahme dieser Zuständigkeiten durch die Genossen ist eine natürliche Tatsache. Man kann sie nicht mit Regeln in der Art der Vorschriften festschreiben, nach denen die Karriere der bürgerlichen Bürokratien abläuft. In der Partei werden keine Prüfungen und Wettbewerbe veranstaltet, wo man gegeneinander kämpft, um mehr oder weniger glänzende oder ansehnliche Posten zu ergattern. Man muß im Gegenteil danach streben, eine organische Aufgabenteilung zu erreichen, die nicht mit einer Nachahmung der bürgerlichen Arbeitsteilung verwechselt werden darf, sondern eine natürliche Anpassung des komplexen und artikulierten Parteiorganismus an seine Funktion darstellt."

# Das Proletariat und der Siedlerstaat Israel

Da die ausgebeuteten Massen des Nahen Ostens sich gegen den israelisch-ägyptischen Frieden, der die Palästinenser ganz offen dem Staat Israel ausliefert, in Bewegung setzen könnten, versuchen die europäischen Imperialisten heute, durch verschiedene Initiativen einen neuen Schutzwall dagegen zu errichten. Es ist daher angebracht, daran zu erinnern, wie sich für das revolutionäre Proletariat die Frage Israel stellt und welche Perspektive es für die großartige Revolte der ausgebeuteten palästinensischen Massen zu bieten hat.

Das direkte Eindringen des Imperialismus in das Gebiet des Fruchtbaren Halbmonds geht auf die Zersetzung des Osmanischen Reiches, d.h. der alten Türkei, zurück. Am Ausgang des ersten imperialistischen Weltkriegs kräftigt dazu beigetragen, die Fahne des Panarabismus als Waffe gegen das Osmanische Reich zu erheben, er hatte sich aber bereits die Beute mit dem französischen Imperialismus aufgeteilt: Letzterer erhielt den nördlichen Teil, der dann, um die antikonoloniale Revolte zu zerschlagen, in zwei Teile zergliedert wurde, Libanon und Syrien; England seinerseits steckte den Süden ein, der ebenfalls zerteilt wurde, in Palästina und Transjordanien. Der zweite imperialistische Weltkrieg und die darauf folgende antikononiale Welle genügte, um den französischen Imperialismus aus dieser Region zu vertreiben, die nunmehr die Amerikaner den Engländern streitig zu machen versuchten. Die gesamte Heilige Allianz des Imperialismus, inklusive Rußland, setzte sich für die Schaffung des Staates Israel ein, um die Millionen Juden, die in Zentraleuropa verfolgt und gemartert worden waren, loszuwerden. Dadurch wurde aus diesen Bevölkerungen ein Instrument im Dienste der angelsächsischen imperialistischen Ziele gemacht. Nach 1956 dann sollten die USA das Alleinerbe hiervon antreten.

In politischer und militärischer Hinsicht stellt Israel einen *Söldnerstaat* dar, dem eine zweifache Aufgabe zukam: Einerseits der Schutz der Transportwege für die Ölversorgung des Westens, andererseits die Aufrechterhaltung der imperialistischen Ordnung in dieser Region durch die Bekämpfung der Vereinigungstendenzen der antiimperialistischen Emanzipationswelle der arabischen Welt. Es ist offensichtlich, daß heute Israel nicht mehr den einzigen Gendarm der Region darstellt und daß alle arabischen Staaten, selbst die "fortschrittlichsten", voll und ganz gegen die ausgebeuteten Massen einzuschreiten wissen, wie die konrevolutionäre Intervention Syriens im Liba-

non klar bewiesen hat. Dies hat natürlich zur Folge, daß in dem Augenblick, wo die arabischen Staaten ihrerseits mehr und mehr an Bedeutung gewinnen, sich das Interesse des Imperialismus an Israel verringert.

In sozialer Hinsicht stellt Israel den Prototyp des *Kolonialstaates* dar. Während die blutige Expropriation der palästinensischen Massen mittlerweile praktisch abgeschlossen ist, befindet sich der Staat in den Händen einer echten kolonial-bürgerlichen Siedlerkaste, die vom *zionistischen Privileg* geschützt wird, welches im Recht, das die Staatsbürgerschaft vom jüdischen Glauben abhängig macht, gipfelt.

40% der Palästinenser, also ungefähr 1/2 Millionen, leben in Israel oder in Gaza und Transjordanien. Weniger als 10% von ihnen sind noch an den Boden gebunden, und 60% derjenigen, die das "Glück" haben, einer Beschäftigung nachgehen zu können, sind Landarbeiter, Bauarbeiter und, freilich in einem viel geringeren Maße, Industriearbeiter. Sie arbeiten in ihrer Mehrzahl in Israel und sind dort einer barbarischen Unterdrückung unterworfen: Diejenigen, die in Israel wohnen, haben theoretisch dieselben Rechte wie die Juden, etwa so, wie auch die Algerier dieselben Rechte wie die Franzosen im kolonialen Algerien hatten! Jene, die in Transjordanien oder Gaza leben, kommen nicht einmal in den Genuß dieser Scheinheiligkeit: Sie verfügen schlicht und einfach über keinerlei politische und soziale Rechte. Aufgrund dieser Diskriminierung in Israel und dem ständigen Ausnahmezustand in den besetzten Gebieten, sind sie einer noch schärferen Ausbeutung, kurzum dem offenen Terrorismus des *Siedlerstaates* ausgeliefert.

Was die 60% der Palästinenser angeht, die aus ihrem Land auswandern mußten, so sind sie heute meistens Arbeiter. In den Ländern des Golf bildeten sie eine beständige Bedrohung für die gesicherte Ölversorgung der imperialistischen Länder, was letztere dazu treibt, "eine Lösung für das Palästinenserproblem zu suchen", d.h. zu versuchen, diese soziale Bombe zu entschärfen.

Nehmen wir einmal an, daß, wie heute der französische und deutsche Imperialismus, gefolgt von ihren europäischen Spießgesellen, vorschlägen, den Palästinensern die "Selbstbestimmung" gewährt wird. Gehen wir dabei von der günstigsten Hypothese aus, nämlich, daß es nicht zu einem mit Jordanien föderierten, sondern zu einem neuen, formell unabhängigen Staat, der sich aber an der Grenze Israels befinden würde, kommt. Was würde dies bedeuten?

Die Mehrheit der Bevölkerung wäre gezwungen, täglich über die Grenze nach Israel arbeiten zu gehen und wäre somit weiterhin der ständigen Unterdrückung durch den Zionismus ausgeliefert. Abgesehen von den 500 000 in Israel lebenden Palästinensern, an deren Lage sich nichts ändern würde, hätte man auf diese Weise eine Art *Bantustan*, eine Art *Schlafstadt-Staat* geschaffen. Für die palästinensische Bourgeoisie, die dadurch in einen von der israelischen Bourgeoisie bewaffneten *Nachtwächter* verwandelt wäre, würde dies vielleicht einen Knochen abgeben, an dem sie etwas zum Abnagen finden könnte. Die armen und ausgebeuteten Massen jedoch hätten dadurch nichts gewonnen, außer, was man freilich nicht unterschätzen darf, einen zusätzlichen Grund, auch ihre eigene Bourgeoisie zu bekämpfen, ohne sich dabei durch eine "nationale Einheit", die ihnen keinerlei Vorteil bietet, lähmen zu lassen. Es ist völlig klar, daß die vonseiten der bestehenden Ordnung gewährte Anerkennung eines palästinensischen Staates, der das Ergebnis einer "Gesamterregung" und nicht eines mit den Waffen errungenen Sieges wäre, die völlige Entwaffnung der palästinensischen Massen und die Anerkennung der Grenzen Israels durch die PLO bedeuten wird, eine Ordnung also, die vom Imperialismus und allen Staaten der Region gegen die Revolte der unterdrückten Massen gesichert würde.

Man stelle sich vor, die Algerier hätten sich durch die Bildung eines arabischen Staates, der an der Küste einen Siedlerstaat hätte weiterbestehen lassen, "selbstbestimmt". Erfreulicherweise hat die algerische Revolution die Siedler ins Meer getrieben! Es gibt aber durchaus Fälle einer solchen "Selbstbestimmung". Irland hat seine Unabhängigkeit erlangt, aber die Protestanten haben ihren Gebietsstreifen und alle ihre Privilegien aufrechterhalten können: Die Unterdrückung geht weiter, wie auch die Verstärkung der englischen Armee gegen die Iren und gegen die irische Arbeiterklasse. Aber auch die irische Revolte geht zum Glück weiter!

Südafrika gewährt den Bantustans die "Selbstbestimmung", und selbst Rhodesien ist schwarz geworden. Solange aber das weiße Südafrika überlebt, wird das schwarze Rhodesien Sklave sein. Und eine derartige Lösung ist es, was die PLO heute akzeptiert. Die einzige Bedingung, welche sie an ihre "Anerkennung des Staates Israel" knüpft, ist die Anerkennung eines solchen palästinensischen Staates durch Israel!

Die von Israel in der Region ausgeübte koloniale Unterdrückung kann nur unter ei-

ner Voraussetzung beendet werden: durch die *völlige Zerstörung des jüdischen Privilegs*, mit dem der Staat Israel unlösbar verbunden ist, und durch das Entstehen eines Staates, der, gegründet auf den Trümmern des Staates Israel, jede Diskriminierung ausgehend von der Religion, der Rasse oder der Nationalität abschafft. Die Zerstörung dieses Privilegs, das von der nationalen und religiösen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung nicht zu trennen ist, bildet die unerläßliche Bedingung für die Vereinigung der Arbeiterklasse des gesamten Nahen Ostens, aber auch für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse des Nahen Ostens mit derjenigen der imperialistischen Metropolen Europas, Rußlands und Amerikas.

Die arabischen Bourgeoisien und die palästinensische Bourgeoisie im besonderen haben endgültig darauf verzichtet, die imperialistische Ordnung und ihren zionistischen Pfeiler in Frage zu stellen. Was sie anstreben ist lediglich, dieser Ordnung eine *Lebensfähige Form* zu verleihen.

Die Revolte der ausgebeuteten palästinensischen und arabischen Massen führt unweigerlich zu einem Zusammenstoß mit dem Staat Israel und daher künftig auch zu einem Zusammenstoß mit *allen bestehenden arabischen Staaten*, so fortschrittlich sie sich auch geben mögen. Aus diesem Kampf wird die *Arbeiter- und Bauernrepublik des Nahen Ostens* hervorgehen, die nicht nur dem jüdischen Privileg, sondern den Privilegien aller herrschenden Klassen der Region ein Ende bereiten wird.

Zeigt diese Losung der Arbeiter- und Bauernrepublik des Nahen Ostens schon, daß es sich einerseits um *das ganze Gebiet*, andererseits um *keine bürgerlich-demokratische Republik* handelt, so müssen wir noch ganz klar betonen, daß diese Republik auch nicht eine "demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern" sein wird, da die bürgerliche Revolution in diesem Gebiet bereits im *wesentlichen* verwirklicht wurde. Die Tatsache jedoch, daß es noch bedeutende Überreste der vorkapitalistischen Vergangenheit gibt, deren Zerstörung Aufgabe des Proletariats ist, zwingt dieses, einerseits die *republikanische*, d.h. antimonarchische Seite hervorzuheben, andererseits die Forderungen der fürchterlich verelendeten und unterdrückten armen Bauernmassen aufzunehmen, die dem Kampf in dieser Region, wenn auch zweitrangig, einen deutlichen bäuerlichen Charakter geben.

Der Kampf um die *ARBEITER- und BAUERNREPUBLIK des Nahen Ostens* ist zugleich ein Kampf um die *DIKTATUR DES PROLETARIATS ÜBER DIESE REPUBLIK*. Er ist ein Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

In Bolivien stand die Errichtung eines demokratischen Systems kurz vor der Vollendung. Ein Parlament war gewählt, ein demokratischer Präsident stand bereit. Da machte der Militärputsch, der 4. innerhalb von zwei Jahren, diesen neuerlichen Demokratisierungsversuch zunichte, sehr zum Ärger der USA. Der US-Imperialismus als Ordnungshüter des Kontinents hatte ganz auf die Demokratie gesetzt, um die Ordnung zu sichern. Die letzten Wahlen waren nur mithilfe des "Drucks von außen", sprich aus Washington zustande gekommen.

Angesichts der totalen Zersplitterung der bolivianischen Bourgeoisie stand die angestrebte Demokratisierung von vornherein unter schlechtem Vorzeichen. Diese Zersplitterung kommt schon durch die kaum überschaubare Zahl von politischen Parteien, Gruppen und Grüppchen zum Ausdruck - allein die beiden stärksten Wahlbündnisse, UDP (Demokratische Volksunion) und MNR (Nationalistische Revolutionäre Bewegung), bestanden aus je ein Dutzend Parteien - und sie spiegelt sich andererseits in den verschiedenen Flügeln des Militärs wider. Der Versuch, die bolivianische Bourgeoisie parlamentarisch zu einigen und zu vereinheitlichen, ist vorerst gescheitert: Zu stark sind die besonderen ökonomischen Interessen der verschiedenen Bourgeoisliquen aus Geschäftsmachern, Schmugglern, Rauschgifthändlern, reinen Staatsparasiten, denen angesichts der imperialistischen Allmacht oft nur diese Quellen der Bereicherung und Geldakkumulation offen bleiben.

Auch wenn dem amerikanischen Imperialismus mitten in der schönsten Demokratisierungswelle in ganz Lateinamerika (1) - wenige Tage nach dem Putsch in Bolivien wurde in Peru ein demokratisch gewählter Präsident von US-Vertretern und Militärs in Amt und Würden eingeführt - die erneuerte Machtübernahme durch das Militär nicht paßte, ist inzwischen die anfänglich harte Distanzierung abgebrockelt. Solange keine starken demokratischen Kräfte vorhanden sind, solange eine "stabile" Mitte fehlt, ist das Militär die einzige Ord-

## Bolivien oder von der Notwendigkeit des Klassenkampfes bei uns

nungsmacht, die in der tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise ein soziales Chaos verhindern kann. Bezüglich des Staatsstreiches ist übrigens zu erwähnen, daß er mit Unterstützung Argentiniens erfolgte, dessen Militärregime auch von Moskau und der stalinistischen Partei unterstützt wird. Aber auch wenn die Demokratie in Bolivien noch nicht zu ihrer vollen Blüte gelangt ist - d.h. zur Bildung eines stabilen parlamentarischen Systems mit großen staatstragenden Parteien -, so spielt sie doch eine wichtige Rolle. Demokratie und Militärdiktatur sind zwei alternative Staatsformen der bürgerlichen Ordnung, die aber keineswegs unabhängig voneinander sind, sondern sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen. Im Zusammenspiel mit der militärischen Repression erfüllt die Demokratie auch in Bolivien ihre antiproletarische Funktion vollkommen, die darin besteht, die soziale Bewegung zurückzudrängen, die spontane Empörung der ausgebeuteten Massen abzulenken und, wenn nicht gar eigenhändig die Massen zu unterdrücken, sie doch der nackten Repression auszuliefern.

Seit im Oktober 1979 die Übergangspräsidentin Lidia Gueiler ihr Amt antrat, arbeiteten alle Parteien, von den bürgerlich-liberalen und den Sozialdemokraten bis zu den "Linken", Trotzlisten und Stalinisten nur noch für ein Ziel: Vorbereitung der Wahlen. Was wir früher über Peru geschrieben, gilt voll und ganz auch für Bolivien: "Mobilisierung der Massen für die Wahlen, für die parlamentarischen Spiegelfechtereien, für die Ablenkung vom Klassenkampf zugunsten einer parlamentarischen und demokratischen Lösung." Und neben den eifrigen Verhandlungen um Wahlbündnisse, dem Wahlkampfummel bereiteten die Militärs ihren Eingriff *ganz offen* vor. Seit Oktober 1979 hatten sie nie einen Zweifel

darin gelassen, was sie von den "Wahlbeteuern" hielten. Auf den drohenden Militärputsch reagierten die Demokraten allein mit der Beschwörung der "nationalen Einheit", um so das Proletariat noch enger an Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie zu binden. Die Gewerkschaftsführer riefen die Basis zur Mäßigung bei Lohnkämpfen auf, um diese Einheit nicht zu gefährden. Keiner rüstete zum Kampf gegen die Repression, im Gegenteil: *Gegen jeden Kampf und für Vertrauensseligkeit* in die demokratische Entwicklung bildete sich eine breite Front von bürgerlichen Parteien, "Linken", Kirche, Gewerkschaftsführern und Demokraten der ganzen Welt, u.a. der Sozialistischen Internationale.

Nach dem Militärputsch, gegen den sie *nichts* unternommen haben, sind plötzlich alle demokratischen Führer in der Versenkung verschwunden, und die Arbeiter sehen sich der militärischen Repression allein gegenüber. Daß sie dennoch mit unzulänglichen Mitteln den Kampf aufnehmen, zeugt von der großen Kampfkraft dieser Proletarier.

Die Demokratie indessen spielt ihre Rolle weiter. Ohne jegliche Vorbereitung und Unterstützung wird der Generalstreik ausgerufen, wird das bekanntermaßen kämpferische Proletariat in den Bergbaugebieten zum Kampf gegen das neue Regime aufgefordert, womit gezeigt wird, daß allein das Proletariat gegen die Militärrepression zu kämpfen imstande ist, während die Rolle der Demokraten darin besteht, es von der Vorbereitung auf diesen Kampf abzulenken. Schließlich wird über den aussichtslosen Kampf der Bergarbeiter lamentiert, und von innen wie von außen wird an sie appelliert, auf die internationale Demokratie zu bauen, auf den "Druck", den diese von außen auf die neue Regierung ausüben wird. Der gewählte Präsident Siles Zuazo bildet ei-

ne Untergrundregierung und sein "Außenminister" geht in Amerika und Europa auf Tournee, um um diplomatische Anerkennung zu werben. Dabei betont er, daß seine demokratische Volksunion (UDP) den Kampf möglichst vermeiden will: "Wir sind auf der Suche nach einer Lösung, die das bolivianische Volk möglichst wenig kostet, soweit wie möglich mit friedlichen Mitteln." (Le Monde, 10./11.8.80) Das Hauptziel sei "die Wiederherstellung der nationalen Einheit, um die Demokratie wiederzuerichten." In dieser Zielsetzung treffen sich die "Opposition" und die Militärs. Auch letztere wollen die "nationale Einheit wiederherstellen".

Die Führung des bolivianischen Gewerkschaftsverbandes COB hat inzwischen zugegeben, für einen bewaffneten Kampf völlig unvorbereitet gewesen zu sein, da sie ganz auf eine "dauerhafte bürgerliche Bewegung" ausgerichtet war. Auch sie beschwört jetzt die "Einheit des Volkes", appelliert an die Demokraten "der ganzen Welt" und hofft auf den Druck von ausländischen Regierungen, d.h. von den mächtigen imperialistischen Ländern. Die Kirche tut das ihre zur Beruhigung der Arbeiterklasse, indem sie "Friedensvermittler" zwischen Bergarbeitern und Militärregierung spielt, wohl gemerkt erst nachdem schon tausende von Proletariern von der Armee abgeschlachtet worden sind. All diese Kräfte versprechen dem Proletariat, für eine Besänftigung der Repression zu wirken, wenn es seinen Widerstand einstellt!

Das Proletariat hat also nicht nur die Arme gegen sich, sondern vor allem die Demokraten und die vermeintlichen "Arbeiterführer". Solange es nicht mit diesen Kräften bricht, wird es das Joch der Unterdrückung und Ausbeutung nicht abschütteln können.

Die Bergarbeiter in Boliviens Zinnminen, der Schlüsselindustrie des Landes, haben sich seit langem als besonders kämpferisch gezeigt. Sie stehen unter dem materiellen Zwang, sich täglich gegen ihre elenden Le-

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 1

## Zu den Bundestagswahlen

Die Unreife der Entwicklung der Klassen- gegensätze geht zudem einher mit einer kleinbürgerlichen, durch die Krise aufge- schreckten Bewegung, die sich um das An- ti-AKW-Protestlerturn gruppiert und den kapitalistischen Imperialismus auf eine weniger widersprüchliche, weniger explo- sive, weniger fortgeschrittene Stufe zu- rückgeschraubt sehen möchte, also einen Kapitalismus ohne forcierten Ausbau der Kernenergie, ohne repressive Formierung der bürgerlichen Klasse, ohne Kriegsge- fahr usw. Diese Bewegung, die alle mög- lichen Formen kleinbürgerlichen Protestes vereint, von der individualistischen Rückzugskultur der Alternativler bis zum parlamentarischen Kretinismus der "Grünen", ist der eigentliche soziale Träger des Reformismus von unten. Dafür eintreten, daß das Proletariat sich den oppositio- nellen Kleinbürgern anschließt, heißt genau jene Rückständigkeit und Unreife im Proletariat zu kultivieren, heißt den Hintern der Arbeiterklasse betrachten und ihrem Kopf keine Beachtung schenken.

Die SPD, ihr "linker" Flügel sowie die verschiedenen Gruppen der kleinbürgerli- chen Opposition bilden also die vermeint- lich fortschrittliche Alternative zur an- deren großen Partei der Bourgeoisie, der CDU/CSU. "Stopp Strauß" ist die vereini- gende Losung dieser stillschwei- genden Komplizenschaft, wobei sich die einzelnen Bundesgenossen formal durchaus voneinander abgrenzen.

Die Debatte innerhalb der "Linken" dreht sich im wesentlichen um die Frage: mit oder ohne den Sozialdemokratismus von oben, Wahl der SPD oder Bildung einer sozialdemokratischen Alternative dazu, deren Elemente man in der oben beschrie- benen Bürgerprotestbewegung erblickt. Diese "linke" Alternative, der kleinbür- gerliche Reformismus also, ist im impe- rialistischen Zeitalter, das ja u. a. durch die Unterwerfung aller bürgerli- chen und kleinbürgerlichen Schichten un- ter die Botmäßigkeit des imperialisti- schen, im Staat verkörperten Kapitals gekennzeichnet ist, unfähig, sich als ei- genständige, vom Staat und den etablier- ten imperialistischen Parteien unabhängige Partei zu entwickeln. Er möchte es zwar, aber die schnelle Entwicklung der sozialen, politischen und internationalen Gegensätze, die Unmöglichkeit, sich eine geraume Zeit als Zwischenpartei auf der Grundlage des inneren und äußeren Frie- dens zu etablieren, vereiteln diese Hoff- nungen der Kleinbürger. Solange ein sol- cher relativer innerer wie äußerer Frie- den in der BRD herrscht, in der Zeit der kapitalistischen Prosperität nach Ende des 2. imperialistischen Weltkriegs, war eine solche Partei nicht nötig und nicht möglich, da auch der Mittelstand von dieser Lage profitierte. In der Zeit ge- sellschaftlicher Unzufriedenheit infolge einer allgemeinen Krise neigen die Klein- bürger zwar dazu, ihren reformistischen Protest zu organisieren, aber die Notwen- digkeiten der Bürgerkriegsvorbereitungen sowie der Vorbereitungen, das "nationale Wohl", das ja auch dem Kleinbürger am Herzen liegt, zu verteidigen, lassen die Masse der "mündigen Bürger" schnell in die Arme des Imperialismus und seiner Parteien zurückkehren.

Die Kapitulation der kleinbürgerlichen Opposition vor dem Imperialismus ist nir- gends so deutlich wie in der Frage der Bundestagswahlen. In der Diskussion um Strauß kommt immer klarer zum Ausdruck, daß - gemäß der Logik demokratisch-par- lamentarischer Denkweise - gegen Strauß sein, letztlich heißt, für die SPD zu votieren. Zwar gibt es Stimmen, die erklä- ren, auch gegen Schmidt zu sein, aber dies ist nur heuchlerisches Beiwerk, denn schließlich - und das gibt mit politischem Bauchweh der ehrlichere "Linke" zu - läßt sich, wenn man sich auf das Spiel bürgerli- cher Politik einläßt, der parlamentarische Sieg von Strauß nur durch den parla- mentarischen Sieg von Schmidt verhindern. Genau dies ist das letzte Wort der Anti- Strauß-Kampagne. In Abwandlung eines Sprichwortes könnte man sagen: Wer sich auf das parlamentarische Feld begibt, kommt darin um.

Fordert man mithin die Proletarier dazu auf, sich an jener parlamentarischen An- ti-Strauß-Kampagne zu beteiligen, so fordert man sie dazu auf, nicht nur in der SPD eine den proletarischen Interessen nähere Partei zu sehen, sondern vielmehr noch, diese Interessen der Obhut des parla- mentarischen Spektakels zu überlassen. Man fordert das Proletariat auf, nicht die Ärmel hochzukrempeln und sich unab- hängig von der bürgerlichen Politik und ihrer Spielweise und gegen diese zu orga- nisieren, sondern das Spiel der Bourgeoisie mitzuspielen, dort Hoffnung und Per- spektive zu sehen, wo nur Sumpf, Verrat, politische Prostitution, Repression und bürgerliche Machtinteressen ihren Platz haben. Das kurzatmige Denken des klein- bürgerlichen "Linken" suggeriert dem Pro-

letariat, daß die perfide Anti-Strauß- Kampagne, wenn sie erfolgreich sei, zu einer für das Proletariat politisch günstigeren Lage führen werde. Aber genau das Gegenteil ist richtig! Erstens ist die SPD eine genauso reaktionäre, die In- teressen des deutschen Imperialismus ver- teidigende, antiproletarische Partei wie die CDU/CSU. Der Unterschied liegt allein in der in der SPD traditionell vorhande- nen reformistischen Integrationsfähigkeit, und selbst diese ist heute durch ein Jahrzehnt Regierungsverantwortung stark verkümmert. Zweitens orientiert man doch das allmählich und partiell wiedererwa- chende Proletariat nicht auf die eigenen Klasseninteressen (Verteidigung der Le- bensbedingungen ohne Rücksicht auf die Interessen des Staates und der Pseudoge- werkschaften auf der unmittelbaren Ebene und Vorbereitung auf die revolutionäre Zerstörung des bürgerlichen Staates und Errichtung einer eigenen proletarischen Diktatur in der politischen Perspektive), sondern bindet es weiterhin an die bürgerli- che Politik, bei der man das jeweils "kleinere Übel" bevorzugt.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Bourgeoisie, deren wichtigste Vertreter sich für die Fortsetzung der Schmidt-Re- gierung ausgesprochen haben, benutzt die Wahl als ein Machtmittel, als ein Klas- senmanöver. Durch die Wahlen wird nicht allein die Integrationskraft der SPD ge- testet, sondern es wird gerade durch die Kandidatur Strauß versucht, sie zu stär- ken. Es handelt sich schlicht und einfach um eine Erpressung, welche die gesamte "Linke" eifrig mitmacht und für die Strauß wie alle anderen Politiker als Marionette der Klasse, die er repräsentiert, einge- setzt wird. Sollte sich trotz dieser Er- pressung jetzt oder später im Laufe der Legislaturperiode erweisen, daß die SPD im Verbund mit der FDP nicht mehr über die notwendige klassenübergreifende sozia- le Integrationskraft verfügt, so wird die Bourgeoisie die SPD dann zur Verjüngungs- kur in die Opposition schicken. Die wach- senden ökonomischen und außenpolitischen Schwierigkeiten erfordern einen zunehmenden Angriff auf die Arbeiterklasse. Man wird weiter drohen, daß es unter Strauß noch schlimmer wäre, und dabei diesen An- griff unter der Ägide der SPD immer schär- fer führen, und zwar solange die SPD un- ter solchen Bedingungen die Sache des sozialen Friedens besser in der Regierung als in der Opposition sichern kann.

Das Proletariat ist heute noch mit Händen und Füßen an die bürgerliche Politik ge- bunden. Die sog. Anti-Strauß-Kampagne ver- sucht ihrerseits nichts anderes, als diesen Zustand zu zementieren. Und soweit im Pro- letariat eine latente Unzufriedenheit vor- handen ist, integriert sie die ersten Klas- senimpulse wieder in die Tretmühle des parlamentarischen Spiels. Sie stellt die bürgerliche Politik in den Reihen des Pro- letariats dar. Daß dies konkret, bei den jetzigen Wahlen so ist, haben wir oben ge- zeigt. Diese Politik stellt aber nicht etwas Sporadisches, Einmaliges, Zufälli- ges dar, sondern ist Ausfluß einer prin- zipiellen Position zur Frage des bürgerli- chen Staates, ob man sich nun dessen bewußt ist oder nicht.

Die Frage des Staates, die Frage der Macht, die Klassenfrage, die prinzipielle Frage wird verdrängt und durch die Frage der Regierung ersetzt. Dies entspricht voll und ganz den politischen Prinzipien der Bourgeoisie, die ihre Klassenmacht mit dem Betrug der "Volksouveränität" verschleierte. Die Staatsmacht liegt in den Händen der Bourgeoisie, und diese stellt ausgehend von ihrer geschichtli- chen Erfahrung, ihren ökonomischen und politischen Machtmitteln, ihren außenpo- litischen Verflechtungen jeweils die Re- gierung, die ihren Herrschaftsinteressen unter den gegebenen Umständen am besten entspricht.

Im Zusammenhang damit steht die prinzi- pielle Position des revolutionären Proleta- riats: Um die Gesellschaft nach seinen eigenen Interessen umzuwandeln, muß das Proletariat die bürgerliche Staatsmacht zerschlagen und seine eigene Staatsmacht errichten. Dies setzt aber den Bruch des Proletariats mit der bürgerlichen Politik voraus, denn es ist offensichtlich, daß das Proletariat nicht in der Lage sein wird, den bürgerlichen Staat zu zerstören, wenn es einer "besseren" Regierung dieses Staates nachhängt. Dieser Bruch ist zu- gleich ein Bruch mit jenen politischen Strömungen, welche die bürgerliche Poli- tik in die Reihen des Proletariats hinein- tragen. Er wird sich zunächst auf der Ebene des Lohnkampfes vollziehen - das Proletariat darf sich durch die bürgerli- che Politik nicht an der Verteidigung sei- ner unmittelbaren Lebensinteressen irrema- chen lassen. Schon dies setzt eine hart- näckige politische Aktion der revolutionä- ren Proletarier auf der Ebene des ökonomi- schen Kampfes voraus.

Dieser Bruch setzt aber auf allgemeiner

Fortsetzung von S. 7

## Bolivien oder von der Notwendigkeit des Klassenkampfes bei uns

bensbedingungen zu wehren. Trotz des Auf- rufs zur Mäßigung seitens der COB-Leitung ist es auch in der Zeit der Wahlvorberei- tungen zu Lohnkämpfen gekommen. (Die Mi- litärs wußten, warum sie als erste Maß- nahme die Zerschlagung der Gewerkschaften durchführten: sie galt der kämpferischen Basis!) In ihren Methoden haben diese Arbeiter den Weg zum revolutionären Klas- senkampf aufgezeigt. Die großartigen Streiks in den Bergwerken wurden jedes- mal zur direkten Auseinandersetzung mit der Ordnungsmacht der Bourgeoisie, der Armee. Somit wurden diese Arbeiter von der bürgerlichen Repression immer wieder dazu gezwungen, die Grenzen des "einfach- en" Lohnkampfes bei weitem zu über- schreiten und einen politischen Kampf aufzunehmen. Um ihre Gewerkschaftshäuser, ihren Gewerkschaftssender, ihre Kampföh- rer (die nicht mit den oberen Bonzencli- quen zu verwechseln sind) zu schützen, haben sie ihre Frauen und Kinder in den Kampf einbezogen, stellten sie sich zum bewaffneten Straßenkampf mit der Waffe, die Bergleuten von Hause aus zur Verfü- gung steht, dem Dynamit, errichteten Bar- rikaden und versuchten trotz größter Schwierigkeiten, die Einheit der einzelnen Bergwerkszentren herzustellen.

Auch nach dem letzten Militärputsch orga- nisierten sich die Arbeiter sofort zum Widerstand gegen diese angreifende Armee. Sie erwarteten dabei von den sogenannten "Führern des Volkes" direkte Unterstüt- zung und Direktiven für den bewaffneten Kampf. Diese Hoffnung wurde sofort ent- täuscht. Einmal mehr sahen sich die Pro- letarier von ihren vermeintlichen "Füh- rern" verraten und verkauft, sie standen vollkommen isoliert und führungslos dem Übermächtigen Feind gegenüber.

Diese Erfahrung machten sie nicht zum er- sten Mal. Männer wie Siles Zuazo, Paz Za- mora oder Paz Estensoro, die heute die demokratische Führung stellen, standen schon nach der "Revolution" von 1952 an der Spitze des Staates und verrieten den Kampf der Arbeiter schmachlich. Dabei ent- puppte sich die von ihnen durchgeführte Verstaatlichung der Zinngruben als Orga- nisierung verschärfter Ausbeutung!

Wieso aber hängt sich die bolivianische Arbeiterklasse in ihrem Kampf trotz ihrer Erfahrung immer wieder an demokratische, nationale und nationalistische Kräfte, die inzwischen nicht minder als früher die rechten Militärs mit dem US-Imperialismus OFFEN zusammenarbeiten? Wieso bricht sie nicht mit ihnen und bildet ihre eigene poli- tische Klassenführung, zumal die Berg- arbeiter aus ihren Reihen immer wieder eine hervorragende Avantgarde hervorbrach- ten? Warum hat diese Avantgarde - soweit sie nicht der Repression erliegt - sich ä la longue dem Opportunismus und dem Kom- promißlerturn nicht entziehen können?

Die Antwort liegt in den Kräfteverhält- nissen zwischen den Klassen im Weltmaßstab. Wir haben darauf hingewiesen, daß die bolivi- anische Arbeiterklasse alles gegeben hat, was der spontane Klassenkampf, an dessen Grenzen sie wiederholt gestoßen ist, über- haupt geben kann. Daß eine revolutionäre Theorie und Partei nicht aus den sponta- nen Kämpfen erwachsen kann, beweist nicht zuletzt die Kampfgeschichte des boliviani- schen Proletariats. Doch damit nicht genug.

Suchte die Avantgarde des bolivianischen Proletariats eine revolutionäre Theorie als Anleitung zu ihren Kämpfen und als Grundlage für ihre politische Organisier- ung, so fand sie den Sozialdemokratis- mus und Stalinismus. Suchte sie interna- tionale Verbindungen, um ihre Isolierung zu durchbrechen, so fand sie die Reprä- sentanten dieser Strömungen und imweiten Sinne der Demokratie. Bestenfalls fand sie den durch und durch demokratischen zeit-

politischen Ebene - neben der unentwegten Hervorhebung der Frage der Macht - das Zurückweisen der falschen Perspektive der Wahlbeteiligung, der trügerischen Hoffnung, durch parlamentarische Kombina- tionen und Manöver auch nur ein Gran an den heutigen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ändern und ein selbständiges Auftreten des Proletariats bewirken zu können, voraus.

Mit dem Ziel, das Proletariat für seinen selbständigen politischen Kampf zu erwe- ken und den Einfluß der bürgerlichen Par- teien auf die Arbeiterklasse zu bekämpfen, hat sich die proletarische Klassenpartei in früheren geschichtlichen Perioden an Wahlen und am Parlament beteiligt. Das Ziel ist heute dasselbe, doch die Taktik, um es zu erreichen, muß - wie es jede Wahl aufs neue bestätigt - unter den ge- gebenen historischen Bedingungen eine an- dere sein, nämlich die des Wahlboykottis- mus, des vollständigen Bruchs mit den parla- mentarischen und demokratischen Institu- tionen.

genössischen Trotzkismus, der grundsätz- lich im Fahrwasser von Sozialdemokratie und Stalinismus schwimmt.

Worauf beruht aber die internationale Kraft von Sozialdemokratie und Stalinis- mus, wenn nicht gerade auf der imperia- listischen Ausbeutung der ganzen Welt, mit deren Überprofiten die Klassenzusammenar- beit in den imperialistischen Metropolen gesichert wird? Wenn der kämpferische bol- ivianische Arbeiter unter den Schlägen des vom Imperialismus bewaffneten und trai- nierten Militärs über die Grenzen seines Lohnkampfes in den Zinngruben und über die Grenzen Boliviens schaut, wenn er gar dort- hin schaut, wo - wie er erkennt - der Rück- halt der Macht seiner Ausbeuter und Peini- ger liegt, findet er nicht den solidarisch kämpfenden Klassenbruder, sondern die an- dere Seite seiner gräßlichen Ausbeutung und Unterdrückung: die Herrschaft des Im- perialismus über das Proletariat der welt- weit entscheidenden Länder, deren Folge und zugleich Ausdruck die ideologische und politische Kontrolle dieses Proletariats durch nationalistische und demokratische Strömungen - namentlich der Sozialdemokra- tie und des Stalinismus - ist.

Hier, in diesen Metropolen des Imperialis- mus und genauer gesagt in den schwächeren Gliedern in der Kette der imperialistischen Herrschermächte, in Europa - muß der Weg freigeschaufelt werden, damit die kleinen Kerne der marxistischen Partei, die in den Ländern der Dritten Welt entstehen wer- den oder bereits entstanden sind, sich in den dortigen Massen verankern können. Die Barriere zwischen diesen Massen und der proletarischen Weltpartei, das Geheimnis für den Einfluß der Demokraten, Nationali- sten und Reformisten (ob nun im stalinisti- schen, sozialdemokratischen, islamischen, katholischen oder anderen Gewande) über die kämpfende proletarische Klasse in den Län- dern der Dritten Welt liegt hier bei uns.

Die zunehmende internationale Konkurrenz, die aus ihr hervorgehende Verschärfung der weltpolitischen Widersprüche wie der sozia- len Kämpfe in den Ländern der Peripherie untergraben die materielle Grundlage für die Klassenzusammenarbeit in den Metropolen und insbesondere in Europa. Der Bruch dieser Klassenkollaboration durch das Wiederauf- flammen des proletarischen Klassenkampfes wird nicht allein die Isolierung des in der Peripherie kämpfenden Proletariats durch- brechen, sondern weit mehr der Avantgarde dieses Proletariats den Weg zur marxisti- schen Partei freilegen, den es mit Meilen- stiefeln durchschreiten wird. Solidarität mit den kämpfenden bolivianischen Arbeitern heißt in unserem Duden: In jedem Land und namentlich in den imperialistischen Metro- polen für den Bruch mit der Bourgeoisie und dem Opportunismus, für die Festigung und den Ausbau der einheitlichen weltweiten Or- ganisation des revolutionären Proletariats arbeiten.

o  
o o

(1) Die Motive und Zielsetzungen dieser Demokratisierungswelle werden aus- führunglich in unserem Artikel "Demo- krasierungswelle in Lateinamerika - Vorbeugehaft für die soziale Be- wegung", in "Proletarier" Nr. 8, er- klärt.

Fortsetzung von S. 1

## Montanmitbestimmung

Aber, wie uns das gewerkschaftsnahe "Do- kument + Analyse" vom September "verrät" zwingt die Montanmitbestimmung "zum oft langwierigen Verhandeln und zum intensi- ven Nachdenken. Es gibt deshalb keine Hauruck-Beschlüsse".

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird aber immer mehr Hauruck-Beschlüsse not- wendig machen. Doch die Gewerkschaften bereiten die Arbeiter nicht darauf vor, mit dem Kampf der sich ankündigenden Ka- pitalistenoffensive zu antworten. Sie wollen sie im Gegenteil mobilisieren, um die alten Ketten, welche eingeständener- maßen nur zur Besänftigung der Arbeiter- klasse und zur Friedhofsruhe in den Be- trieben beitragen, zu erneuern. Die Ar- beiter sollen dafür mobilisiert werden, daß die Unternehmeroffensive gegen sie ohne große Reibungen und ohne Widerstand über die Bühne geht.

Die Arbeiter müssen sich, wenn sie nicht über den Löffel barbiert werden wollen, gegen und trotz der Politik der Gewerks- chaften organisieren, um auf der Grund- lage ihrer elementaren gewerkschaftlichen Interessen der kapitalistischen Offensi- ve sowie den Bonzencliquen zu antworten: Klassenkampf statt Mitbestimmung der ei- genen Ausbeutung!